permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

NR. [illegible] / APRIL/MAI 1978 / PREIS: S 5.-

KPÖ für Polizeistaat!

Daß Aldo Moro entführt und fünf seiner Begleiter erschossen wurden, scheint die Gemüter außerordentlich zu erregen - uns läßt es von der moralischen Seite her völlig kalt. Die tägliche Gewalt, die tausende tödliche Arbeitsunfälle pro Jahr produziert, die unzähligen Selbstmorde von in die Ausweglosigkeit getriebenen Menschen, die schleichende Liquidierung von politischen Häftlingen, aber auch "normalen" Strafgefangenen, die zermürbende Situation von Millionen Arbeitslosen, diese tägliche Gewalt brennt uns auf den Nägeln, während es ganz offensichtlich jene Gemüter kaum beunruhigt. Diese Toten und Halb-Toten, die Opfer des "stillen Klassenkampfes", bekommen ihre letzte Ehre allenfalls in den statistischen Jahrbüchern, in denen sie ge-

Fortsetzung auf Seite 2

„Endlösung" der „Palästinenserfrage"?

Die Einschätzung, die wir in der vorletzten Ausgabe dieser Zeitung getroffen haben, hat sich inzwischen voll und ganz bestätigt: Die unterschiedlichen Vorstellungen über eine imperialistische Befriedung des Nahen Ostens, die zwischen der Begin-Regierung und dem US-Imperialismus angelegt waren, führten inzwischen schon zu beträchtlichen innenpolitischen Schwierigkeiten für den 'Friedensfreund' Begin. Der Gegenstand der Differenzen - die Siedlungen auf der Sinai-Halbinsel und im Westjordanland, sowie der militärische Rückzug aus letzterem - scheint von derartiger Bedeutung zu sein, daß selbst innerhalb der Regierung Israels Differenzen ausgebrochen sind und Kriegsminister Weizmann mit dem Ruf nach einer 'Nationalen Regierung' vor-

Fortsetzung auf Seite 4

„Volksabstimmung" über AKW?

Der Mond war es nicht! Eine Antwort an die „rotfront"

Beeindruckend ist er schon, der Aufmacher der April-Ausgabe der 'rotfront': "Kreisky sagt: Parlamentsbeschluß - Wir verlangen: Volksabstimmung". Dort - Bruno. Da - die GRM... So ganz der realen politischen Kräfteverteilung wird dieser Aufmacher doch nicht gerecht, er entspricht vielmehr dem Charakter der jüngsten Demonstration gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf, wo 35oo Menschen wieder einmal vor dem Parlament standen und "Rechenschaft" verlangten. Indes, das "hohe Haus" war an diesem eher kühlen Sonntagvormittag leer, sodaß vielleicht der verschreckte Portier meinte, man fordere von ihm jene "Rechenschaft". Es war, um mit Qualtinger zu sprechen, "ein Fest, ein wahres Fest"!

Im Inneren der erwähnten Ausgabe jener Zeitung versucht R.L. in einer aufgeregten Art die Forderung der GRM nach einer "Volksabstimmung"noch einmal zu begründen, streichelt der SOAK (die die "Volksabstimmung" auch ablehnt) sanft und belehrend über das Haupt (man ist sich ja in letzter Zeit 'programmatisch' näher'gekommen) und polemisiert 'beinhart' gegen unseren Standpunkt zu dieser Frage. Daß er beim Verfassen dieser Polemik offenbar in Rage geriet und Anleihen bei der Art der politischen Auseinandersetzung nahm, die ansonsten die KPÖ bevorzugt, wollen wir übersehen. Wie sonst sollte man die Bezeichnung "Supertrotzkisten" die ihren "Marxismus vom Mond" hernehmen, werten? Und schließlich nehmen wir verwirrt zur Kenntnis, daß uns R.L. rät, das 'Übergangsprogramm' zu lesen... Verwirrt deshalb, weil uns doch vor einiger Zeit in der 'rotfront' vorgeworfen wurde, daß wir in den 'letzten zwei Jahren' nur "Lenin und Trotzki" gelesen hätten... 'Aber eben nicht verstanden', werden nun R.L. und seine schön langsam nicht mehr zu überbietende 'rotfront'-Redaktion sagen. Aha. Trotzdem: Versuchen

Fortsetzung auf Seite 7

VERANSTALTUNG DER IKL UND DES ÖSTERREICHISCHEN RUSSELL-KOMITEES

GEGEN DIE POLITISCHE REPRESSION IN DER BRD!

ES SPRECHEN:

K.-H. ROTH
SYBILLE HAAG - VERTRETERIN DES VERWANDTENKOMITEES DER POLITISCHEN GEFANGENEN
EIN VERTRETER DES AGIT-DRUCKER-KOMITEES AUS BERLIN - MIT DOKUMENTATIONSFILM

ZEIT: DONNERSTAG, 4.MAI 1978
BEGINN: 18 UHR

ORT: HAUS DER BEGEGNUNG
GATTERBURGGASSE 2A
119o WIEN



INHALT

Abonniert die 'permanente revolution'


permanente revolution

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA IKL

Stammheim und die Folgen

Zur Entwicklung in Portugal...7

Bahros 'Alternative'...11

Bis zum 1. Juli führen wir wieder eine Werbekampagne für unsere Zeitung durch. Wer bis zu diesem Zeitpunkt die 'permanente revolution' abonniert, erhält die Broschüre 'Trotzki - Schriften zum imperialistischen Krieg' gratis.

In dieser ca. 2oo Seiten starken Broschüre sind Texte und Thesen Trotzkis von 1914-194o enthalten, die es zum Teil seit Jahrzehnten nicht mehr in deutscher Sprache gegeben hat!

LEO
TROTZKI
**SCHRIFTEN
ZUM
IMPERIALISTISCHEN
KRIEG**



Bestellungen: IKL, 1o1o Wien, Postfach 1454

Fortsetzung von Seite 1

nauso aufgelistet werden wie die Tonnenanzahl geernteter Äpfel und die Kilometer neugebauter Autobahnen.

Die Krokodilstränen der italienischen Bourgeoisie haben ihr aber nicht den scharfen Blick für die "Gunst der Stunde" genommen. Im Gegenteil: in atemberaubendem Tempo, das selbst "unseren" eilfertigen Gesetzeshütern bei der Verabschiedung der "Terroristengesetze" nach der Schleyer-Entführung den Rang streitig machte, wurde am 22. März ein Dekret zur Bekämpfung des 'Terrorismus' verabschiedet:
"Dieses Dekret ist praktisch eine Notstandsmaßnahme, die den Staatsorganen freie Hand bei der Fahndung geben soll und laut Verfassung erst innerhalb der nächsten 60 Tage in ein ordentliches Gesetz umgewandelt werden muß. Es sieht folgende Maßnahmen vor: Der neue Straftatbestand 'Vandalismus' wurde eingeführt; gemeint sind damit Beschädigungen und Zerstörungen von öffentlichen Anlagen. Hierfür werden Strafen von einem bis vier Jahren bei Beschädigung und von drei bis acht Jahren bei Zerstörung der Anlagen angedroht. Die Strafen bei Entführungen sind auf 30 Jahre im 'Normalfall' heraufgesetzt worden. Auf Entführung mit dem 'Ziel der Erpressung oder des politischen Umsturzes, die zum Tode des Opfers führt', steht lebenslängliches Gefängnis. Auch wer sich an der Weitergabe von Lösegeldern be-

In den Spuren Berlinguers...

Kaum jemals in der letzten Zeit hat die KPI-Führung ein abstoßenderes Bild geboten, als in den letzten Tagen und Wochen, also seit Moro vor seinen Richtern steht. Der kriminelle Schwachkopf Berlinguer wurde zum Hauptsprecher eines starken Staates, sein nicht minder verbrecherischer Kumpan Lama forderte 'Arbeitermilizen' - nicht gegen die Faschisten und die sie unterstützende Polizei, sondern gegen die 'Roten Brigaden'...

Natürlich kamen von dieser Seite her auch die Verleumdungen, die in die bekannte Richtung gingen, nach der die 'roten Brigaden' vom italienischen Geheimdienst unterwandert seien, ja mehr noch, daß ein direkter Zusammenhang zwischen ihnen und den Faschisten bestände. Solche Verleumdungen und Lügen sind in der blutigen Geschichte des Stalinismus nichts Neues. Gerade als Trotzkisten kennen wir die unzähligen Lügen,die gegen diejenigen vorgebracht wurden und werden, die sich auf diese politische Bewegung berufen. Unzählige Trotzkisten wurden als 'faschistische Agenten' ermordet und heute z.B. haben die Maoisten ein Buch zweier amerikanischer 'Historiker' wieder aufgelegt, in dem neben vielen schon eher obskur wirkenden Behauptungen, auch allen ernstes 'bewiesen' wird, daß Trotzki Mitte der dreißiger Jahre mit dem Fallschirm über Deutschland absprang, um Anweisungen von Göring entgegenzunehmen...

Der Reformismus (die Sozialdemokratie ist dabei keine Ausnahme) wird immer - wenn es seinen politischen Absichten und Interessen entspricht - zu Lügen, Verleumdungen und Morden gegen Kräfte, die links von ihm stehen, greifen.
Daß die Schmierfinke von der KPÖ-'Volksstimme' die Lügen der KPI übernehmen, wundert auch nicht weiter. In einer Beilage zu diesem Blatt wurde ein Artikel eines italienischen Senators abgedruckt, in dem der Kretin 'beweisen' will, daß die 'Roten Brigaden' in enger Verbindung zum internationalen Faschismus stehen. Doch der Artikel besteht einzig aus Behauptungen, die allesamt nicht bewiesen werden können. Dieser Artikel wird der 'Volksstimme' vielleicht noch einmal dienen, indem das Wort 'Anarchismus' durch 'Trotzkismus' ersetzt wird...

Doch auch die Organisationen der extremen Linken in Italien beginnen nun mit jener 'Disnunzierung', die uns ja sattsam aus der BRD und Österreich bekannt ist. Dies entspricht genau der Linie der politischen Kapitulation vor der KPI, die längst vor der Moro-Entführung eingesetzt hat und die z.B. bei 'ilManifesto' Tendenzen zum organisatorischen Eintritt in die KPI aufweist. Den Gipfel an politischer Blödheit leisteten sich einige italienische Feministinnen, die die 'Roten Brigaden' angriffen, weil diese eine Frau bedrohten, die als Geschworene gegen Curcio auftreten wollte! Daß dann noch im üblichen feministischen Vokabular die Laute vom "Männerkrieg" geflüstert wurden, war ja zu erwarten.

Nicht gerade verachtenswert ist auch das, was sich hierzulande die 'rotfront' leistet. Der Kommentar dieser Zeitung wäre nicht weiter beachtenswert, wäre die 'rotfront' das Organ einer linkssozialdemokratischen Gruppe. Das aber auch Gruppen, die sich, wie die GRM, auf den Trotzkismus berufen, die Lügen und Verleumdungen der KPI unwidersprochen übernehmen, zeigt schon, was sich heute so alles 'trotzkistisch' nennt. "Alle Organisationen der extremen Linken (also auch die italienische Sektion des 'Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale'?, d.Verf.) haben das Attentat schärfstens verurteilt und in vielen Stellungnahmen wird ernstlich (!) auf die Möglichkeit hingewiesen, daß internationale Geheimdienste (gemeint ist der CIA) und hochorganisierte (?) Provokateure ihre Hand im Spiel haben könnten". (April-Ausgabe der 'rotfront')

Weiter geht es in diesem munteren Stil. Die 'rotfront' weiß zu berichten, daß es "in letzter Zeit" immer wieder "Gerüchte" gab, die auf eine Infiltrierung der 'Roten Brigaden' durch Geheimdienst und Provokateure hinweisen. Wer diese Gerüchte ausstreute, verschweigt uns diese Zeitung schon wieder. Vielleicht findet man die Urheber der "Gerüchte" im Hauptquartier der KPI? Und vielleicht entspricht das Streuen solcher "Gerüchte" genau der Politik der italienischen Stalinisten? Doch unsere 'rotfront' hat da keinerlei Skrupel. Flott wird das alles einfach so geschrieben, ohne - und das ist wohl die größte Frechheit - klar zu sagen, ob die GRM die Ergüsse aus der stalinistischen Hexenküche bejaht oder verneint! Ganz die Anonymität der Urheber ihrer Zitate schützend, endet dieser Schwachsinn dann 'originell':

"Wenn die Roten Brigaden nicht von selbst entstanden wären",heißt es (!) immer wieder, "dann hätte sie die italienische Bourgeoisie erfinden müssen"...

Na, die GRM gibt es ja auch und von 'selbst' ist sie auch entstanden. Wer kann schon so etwas erfinden?



ITALIENS 'DEMOKRATISCHE POLIZEI' IN AKTION

teiligt, wird künftig schärfer bestraft. Hingegen wird Kollaborateuren der Polizei, die auf die Freilassung des Entführten hinwirken, Strafmilderung zugesichert.
Das richterliche Untersuchungsgeheimnis, das bisher eine Weitergabe von Informationen verbot, ist aufgehoben worden. Der Polizei wird das Recht eingeräumt, ihrer Meinung nach verdächtige Personen zu vernehmen, ohne daß diese - wie bei einem formellen Verhör - das Recht haben, einen Anwalt hinzuzuziehen. 'Verdächtige' können bis zu 96 Stunden ohne jeden Haftbefehl inhaftiert werden. 'Verdächtige' Wohnungen können ohne richterlichen Befehl durchsucht werden. Das Abhören von Telefonen für die Dauer von 15 Tagen ist erlaubt, die Abhördauer kann auf Antrag ein- oder mehrmals verlängert werden. Neu ist auch das Recht der Polizei, Verdächtige 'zum Zweck der Identifizierung' für 24 Stunden ohne Angabe von Gründen festzunehmen. Um das Maß voll zu machen, wurde noch verfügt, daß Menschen, die Gebäude oder Räume an andere Personen überlassen, künftig deren Identität zu prüfen und innerhalb von 48 Stunden den Behörden Mitteilung zu machen haben. Dieses Gesetz gilt rückwirkend ab Mitte 1977."
(zitiert aus 'Arbeiterkampf' Nr. 126,3.4.78)

Für Impressionisten ist die Sache natürlich wieder klar: Hätten die 'Roten Brigaden" Aldo Moro nicht entführt, dann hätte es auch diese Ausnahmegesetze nicht gegeben. Daraus folgern sie mit bestechender Logik: Die "Roten Brigaden" sind, wenn nicht gar die Ursache, so doch auf jeden Fall die Wegbereiter einer reaktionären Entwicklung. Diese einfache Denkweise ist übrigens jener frühmittelalterlichen Auffassung eng verwandt, die die Sonne um die Erde kreisen ließ. Ganz kleine Kinder werden nach dem ersten Augenschein sicherlich zustimmen...

Wir werden indes nicht müde werden, die wirklichen Ursachen des individuellen Terrors darzustellen. Die gegenwärtige ökonomische und politische Situation in Italien bringt geradezu zwangsläufig derartige politische Reaktionen auf Seiten der extremen Linken hervor. (Daß sie auch verstärkte Keime für eine faschistische Massenbewegung hervorruft, ist im letzten Zentralorgan Nr. 43 dargestellt worden. Nur Naivlinge oder Demagogen übelster Sorte können zwei verschiedene Phänomene, die derselben politischen Lage entspringen, in einen Topf werfen.)

Die oben benannte tägliche Gewalt, die zum Teil ausweglose Lage insbesondere der Jugendlichen in Italien (z.B. sind 60% der Arbeitslosen in Rom Jugendliche!), die beklemmende Wohnsituation, die halbwegs menschenwürdiges Wohnen nur zu unerschwinglichen Mieten bietet, schaffen die objektiven Voraussetzungen. Haß und Wut sind in derartigen gesellschaftlichen Verhältnissen die natürliche Reaktion. Aber es bedarf noch einer weiteren Komponente, damit sich dieses Bewußtsein und diese Gefühle in der spezifischen Weise des "individuellen Terrors" äußern. Es ist dies der subjektive Stand der Arbeiterbewegung. In Rußland z.B. erlebte der individuelle Terror einen beachtlichen Aufschwung, nachdem die erste russische Revolution 1905 blutig zerschlagen wurde und die Jahre des zaristischen Terrors einsetzten. Die Arbeiterbewegung war zerschlagen und in einem desolaten Zustand. Nun hat in Italien eine solche Niederlage natürlich noch nicht stattgefunden. Die entscheidenden Schlachten stehen noch bevor. Allerdings sind die Anzeichen des Rückschwungs der Klassenkämpfe allzu deutlich. Der 'Historische Kompromiß', den die KPI mit der genialen Idee begründet, daß die Belagerung einer Festung am besten dadurch gebrochen wird, indem man die Tore von innen öffnet, demobilisiert und demoralisiert nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse, treibt nicht nur einen Großteil des verunsicherten Kleinbürgertums in die Arme der Faschisten, sondern ruft gleichermaßen auf Seiten der extremen Linken die "Roten Brigaden" auf den Plan. Die Arbeiterklasse, die den Reformisten vertraut, scheint in den Augen der individuellen Terroristen nicht mehr fähig zu sein, die Probleme der Gesellschaft revolutionär zu lösen.

Aus dieser klassenpolitischen Situation entstehen die stellvertretenden Ersatzhandlungen. Es ist in diesem Zusammenhang sicherlich nicht zufällig, daß mit Aldo Moro gerade derjenige Repräsentant der herrschenden Klasse gewählt wurde, der als Protagonist für den 'Historischen Kompromiß' gilt.
Nachdem die Frage nach den Ursachen geklärt ist, können wir uns wieder unseren Impressionisten zuwenden, die sich im übrigen kaum die Mühe machen, selbst über die Ursachen nachzudenken. Das Jammern über die angeblichen Auswirkungen scheint ihnen imposanter zu sein.

Die "Gunst der Stunde" für die Bourgeoisie, schärfere Gesetze etc. durchzusetzen, entspringt keineswegs zwangsläufig aus den Anschlägen der "Roten Brigaden". Sie entspringt zunächst allgemein der Notwendigkeit für die bürgerliche Klasse, ihre Herrschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Ob sie ihr allgemeines Interesse jedoch konkret durchsetzen kann, hängt vom Kräfteverhältnis der Klassen ab, oder einfacher: zur Durchführung jeder repressiven Maßnahme gehören immer zwei, die, die sie durchsetzen wollen und die, die sie sich gefallen lassen. Unsere Impressionisten klammern in der Regel diesen letzten Aspekt aus und lamentieren stattdessen über den angeblich automatischen Zusammenhang zwischen individuellem Terror und Zunahme der Repression.

Die "Gunst der Stunde" kann jedoch nur unter der Voraussetzung zu einer solchen werden, daß die Arbeiterklasse aufhört zu kämpfen, wenn die Reformisten sich gar als staatstragende Kräfte entpuppen. Deshalb sind sie es, die die volle Verantwortung für die Zunahme der Repression zu tragen haben. Sie hätten die Möglichkeit, dieser Entwicklung entgegenzutreten.

Die KPI natürlich, tut das Gegenteil: Sie sieht für ihr strategisches Ziel, den 'Historischen Kompromiß', bessere Realisierungschancen, wenn sie jetzt zusammen mit der DC Demonstrationen zur Verteidigung der 'Demokratie' organisiert. Die Gewerkschaften gar organisieren einen nationalen Streik gegen den 'Terror', nachdem sie im Jänner einen Generalstreik zur Durchsetzung von existenziellen Klasseninteressen abgesetzt haben. Unsere Kritik an dem individuellen Terror setzt erst an dem Punkt ein, wo die Frage nach dem Ausweg aus der desolaten politischen Situation in Italien gestellt wird. Es springt sofort ins Auge, daß die Aktionen der "Roten Brigaden" nicht die Praxis der gesamten Arbeiterklasse sein kann. Auch wird ihr Bewußtsein dadurch nicht angehoben, daß ihr etwas vorgemacht wird. Klassenbewußtsein entsteht nur im Kampf der Arbeiterklasse selbst. Während heute kollektive Aktionen der Klasse notwendig wären, verzetteln sich die "Roten Brigaden" in individuellen Anschlägen, die die Macht des Staates in keiner Weise anzugreifen vermögen.

NACHTRAG:

Bis zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe waren uns noch keine Stellungnahmen aus den Reihen der'Linken' bekannt, anhand derer wir unsere Einschätzung zur Entführung Aldo Moros hätten verdeutlichen können. Nun haben uns Elio Gasperoni von 'il Manifesto' und Otto Kallscheuer (SB, Prokla usw.) den Gefallen getan, ihre "Überlegungen nach der Moro-Entführung" (in 'Radikal' Nr. 37) zu veröffentlichen. Unsere Impressionisten haben nun leiblich-politische Gestalt angenommen.
Nach einigen oberflächlichen "Überlegungen" zu den Ursprüngen der 'Roten Brigaden" wenden sich die Verfasser sogleich den Auswirkungen der Moro-Entführung zu und stellen natürlich fest: "...diese Wirkung geht nach rechts." Diese 'Rechtswende' sieht im einzelnen laut Gasperoni und Kallscheuer folgendermaßen aus:
"In Italien, wo es eine weitgefächerte (?) und strukturierte (?) Opposition (?) gibt, die - wie der Metallarbeiterstreik des 2.12.1977 gezeigt hat - durchaus (!) in der Lage ist, die politischen Machtgleichge-

wichte zu verschieben (?), kann die aktuelle Eskallation des Terrorismus zur Entstehung eines 'Ordnungs-Klimas' führen, daß durch permanente Provokationen genährt wird."
Hier springt zunächst das allzu legere Umgehen mit den Tatsachen ins Auge: die Demonstration der 200.000 Metallarbeiter in Rom vom 2.12.1977 hat zwar die potentielle Stärke der Arbeiterklasse gezeigt; sie war aber nur als Auftakt für einen umfassenderen Generalstreik geplant, der bekanntlich von der Gewerkschaftsbürokratie im Jänner 1978 zugunsten von Regierungspalaver abgesetzt wurde. Geändert hat sich seit dem für die Arbeiterklasse gar nichts. Aber weiter K.G.: "Eine solche Situation impliziert die Gefahrt, daß die Opposition dazu gezwungen wird, den Kampf für ihre Ziele der Neustrukturierung der italienischen Wirtschaft aufzugeben, das heißt vor allem den notwendigen Zusammenhang von Veränderung der Wirtschaftsstruktur, der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und des Kampfs um Machtpositionen im Staat und Gesellschaft.

So ist z.B. eine unmittelbare Auswirkung der Moro-Entführung darin zu sehen, daß bis heute keinerlei öffentliche Debatte über das Wirtschafts-, Sozial- und Regierungsprogramm der neuen (alten) Regierung Andreotti stattgefunden hat, die - zum ersten Mal in der italienischen Nachkriegsgeschichte seit 1947!!! - auch die Kommunisten in ihrer Regierungsmehrheit zählt."

Ohjeohjeohje! Das kann doch nicht wahr sein! Wer zwingt denn die "Opposition" dazu, "den Kampf für ihre Ziele" aufzugeben? Dem sogenannten 'Ordnungs-Klima' wird eine mystische Macht verliehen, die real überhaupt nicht existiert. Es sei denn, die "Opposition" selbst (!!!!) schürt das 'Ordnungs-Klima' an, um es im selben Atemzug als Vorwand zu benutzen, die Kämpfe der Arbeiterklasse weiterhin zu sabotieren. Man kann sich des Eindrucks nicht entziehen, daß K./G. die letzten Jahre in Grönland unter Eis verbracht haben. Anders ist ihre Hervorhebung, daß seit der Moro-Entführung (!!) keinerlei öffentliche Debatte etc. geführt wurde, nicht zu verstehen. Was haben denn die ganzen Debatten seit dem Amtsantritt Andreottis (Sommer 1976) für die Arbeiterklasse gebracht? Was hat denn das Regierungspalaver vom Jänner bis März 1978 gebracht? Drei Umbesetzungen in der Regierung Andreotti!!! Dafür haben Regierung und 'Opposition' drei Monate (!!!) öffentlich 'debattiert'!

Und das schizophrene Jubilieren über den Eintritt der KPI in die Regierungsmehrheit! Erst wird von einer breitgefächerten und strukturierten Opposition gefaselt, zu der die Verfasser natürlich auch die KPI zählen, um sie dann klammheimlich der Regierung zuzuschlagen. Das verstehe, wer will!

Zuguterletzt schlagen die Verfasser noch einen politischen salto-mortale, der seinesgleichen sucht. Sie behaupten, daß heute der "Arbeiterkampf in Italien nicht gezwungen ist, sich in einem bloßen Gegenüber zweier entgegengesetzter Blöcke auszudrükken. Blöcke soll vermutlich Klassen heißen. Als ein Beispiel bringen sie dann die "Reaktion der DC und den Parteien der Mitte nahestehenden Presse nach der Moro-Entführung: Ausnahmslos hat sie sich gegen jede Reaktion auf die Entführung ausgesprochen (!!), die auf eine Neuauflage der alten (aus dem faschistischen- codicce Rocco stammenden) freiheitsberaubenden Gesetze, der Todesstrafe oder die Anwendung des (militärischen) Ausnahmezustandes hinausliefe."

Erst mal zur Logik. Wie kann oben eine Entwicklung nach rechts festgestellt werden, die Entstehung eines 'Ordnungs-Klimas', aber jetzt, nur eine Seite weiter, zu dem Ergebnis kommen, daß die DC und andere Parteien der Mitte im Grunde genommen ganz liberal reagieren? Dann noch einmal 'Grönland unterm Eis'. Haben die Verfasser die Verschärfung der Gesetze nicht zur Kenntnis genommen? Wissen sie nicht, daß ein Mitglied der "Roten Brigaden" auf eine Insel verbannt wurde, weil ihm seine potentielle Gefährlichkeit zur Last gelegt wird?

(aus 'spartacus' 44)



Fortsetzung von Seite 1

'ENDLÖSUNG' DER 'PALÄSTINENSERFRAGE'?

geprescht ist, der allerdings weder von der 'Arbeiterpartei' noch von Begin erhört wurde.

Der Demonstration von ca. 40.000 Israelis, die von Reserveoffizieren organisiert wurde, werden weitere folgen, denn nichts deutet zur Zeit darauf hin, daß mit dieser Regierung Begin - die den imperialistischen Frieden mit dem Schwert bringen will - die Interessen des US-Imperialismus im Nahen Osten verwirklicht werden können. Die Differenzen bewegen sich dabei natürlich nicht auf der Ebene des angestrebten Zieles, sondern es geht vielmehr darum, wie dieses Ziel zu erreichen sei.

Doch das, vom mittlerweile eher zum Statisten degradierten Sadat eingeleitete Friedensspektakel, hatte schon seine konkreten Auswirkungen. Der am 15. März erfolgte Einmarsch israelischer Truppen in den Südlibanon konnte nur deswegen so erfolgreich ablaufen, weil die israelische Regierung genau wußte, daß Ägypten und Syrien nicht militärisch eingreifen würden.

Die Besetzung des südlichen Libanons ist ein seit Jahren verfolgtes Ziel der Zionisten, die einerseits die palästinensischen Lager in diesen Gebieten völlig zerstören und andererseits die schon seit langem bestehenden Handelsbeziehungen mit der christlichen Bevölkerung ausbauen wollen. Schon während des libanesischen Bürgerkrieges griffen israelische Truppen zugunsten der reaktionären Kräfte militärisch ein und so ist der nun erfolgte Einmarsch auch unter dem Gesichtspunkt zu sehen, die während des Bürgerkrieges begonnene Zerschlagung der Palästinenser und der Linken im Libanon zu vollenden.

Zerstörte Dörfer und Flüchtlingslager, zerbombte Städte, Zehntausende auf der Flucht vor den israelischen Truppen. Angesichts dieser, mittlerweile von niemandem bestrittene Tatsache, nimmt sich die anfängliche Erklärung der Zionisten, es gehe 'nur' gegen militärische Einrichtungen der Palästinenser, um "Israels Grenzen zu schützen", wie blanker Hohn aus. Die Palästinenser und die Linke des Libanon konnten erwartungsgemäß dem massiven militärischen Einsatz nichts gleichwertiges entgegensetzen und sie beschränken sich heute auf den Guerillakampf in der hügeligen Landschaft des Südlibanons. "Wir sind nach wie vor in der Lage, von unseren Hügelstellungen aus Überfälle zu unternehmen und zur Grenze durchzuschlüpfen. Wir operieren in kleinen, beweglichen Einheiten und wenn wir sehen, daß es hoffnungslos ist, eine Position zu halten, gehen wir zurück. Auf diese Weise ist es schwer, uns zu fassen." So ein Sprecher der Palästinenser, zitiert nach 'Arbeiterkampf', Nr. 125.

Doch die Terrorangriffe der israelischen Truppen auf die Zivilbevölkerung haben wie schon oft in der Vergangenheit das Ziel, die Kämpfer von der Bevölkerung zu isolieren. Zerstörte Lager, Splitterbomben, Tod und Elend sollen dem Heer der entrechteten Flüchtlinge anschaulich machen, daß jeder Widerstand und jeder Kampf um die eigenen Rechte sinnlos und vergebens ist. So werden aus diesem Heer wieder verzweifelte junge Menschen zum Mittel des Terrors greifen, Aktionen durchführen, die Israel benützen wird, um weiter Terror und Schrecken in dieser Region zu verbreiten. Die Herrschenden in Israel haben nicht erst seit dem 15. März dieses Jahres jedes Recht verloren, sich auf die Millionen ermordeter Juden zu berufen. Sie haben aus dem Judenstern. einem Symbol der Verfolgten und Gedemütigten - ein Symbol des Krieges und des Mordes gemacht.

Doch die verzweifelte Lage der Palästinenser wird durch die Weigerung der arabischen Staaten ihnen zu helfen, noch verschärft. Welch Ironie, daß gerade aus Ägypten anklagende Stimmen kamen, die vom "Völkermord" an den Palästinensern sprachen. Syrien - immerhin noch Teilnehmer an der 'Ablehnungskonferenz' von Tripolis - gab sich in Worten recht 'manierlich' (es forderte die Einberufung des UN-Sicherheitsrates) und in Taten schon eindeutiger - es sperrte die Nachschubwege...für die Palästinenser! Offener konnte das Assad-Regime nicht zeigen, daß es ebenso wie Ägypten bereit ist, die imperialistische Befriedung der Region nicht nur hinzunehmen, sondern auch mit entsprechenden Taten zu unterstützen!

Die Besetzung des Südlibanons durch Israel war lange geplant und stellt auch keine kurzfristige militärische Aktion dar. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß der Libanon als 'selbständiger' Staat de facto ausgelöscht wird. Der Norden ist ohnehin schon völlig unter syrischer Kontrolle und offensichtlich sollen UN-Truppen eine Pufferzone entlang des Litani-Flusses errichten. Da nicht anzunehmen ist, daß die Zionisten den Südlibanon zu "biblischem Land" erklären werden - was gleichbedeutend mit einer offenen Annektion wäre - soll die Vertreibung der Palästinenser und die 'Begrüßung' der israelischen Truppen durch die christliche Bevölkerung offenbar eine 'enge und gute Beziehung' einleiten. Schließlich und endlich könnte ein etwaiger militärischer Rückzug aus diesem Gebiet - nach geschaffenen Fakten - doch noch den 'Friedenswillen' Israels - dann unter Umständen unter einer anderen Regierung - 'beweisen' und das Friedensspektakel, welches sich da auf den Leichen und dem Elend der Palästinenser abspielt, wieder in Gang setzen!

Einer Meldung in der 'Presse' war letzte Woche zu entnehmen, daß auf Anordnung von PLO-Vorsitzenden Arafat 13o palästinensische Militante 'festgesetzt' wurden. In der kurzen Zeit war es nicht möglich, den Wahrheitsgehalt dieser Meldung zu überprüfen, doch das ändert nichts daran, daß sich eine solche Maßnahme lückenlos in die Politik der PLO-Führung einfügen würde. Schließlich haben diese Leute doch den UNO-Truppen "Unterstützung" zugesagt. Starken Worten vom "siegreichen Widerstand" stehen Taten gegenüber, die die Kapitulation demonstrieren. Heute also kritiklos die Politik der PLO-Führung zu unterstützen, wie es der KBÖ tut, bedeutet letztlich nichts anderes, als der imperialistischen Befriedung der Region zuzustimmen, denn diese Aufgabe haben auch die UNO-Truppen, die dies allerdings auf eine andere Weise erreichen sollen, als die israelischen Schlächter. Alle starken Worte, die der KBÖ zur Situation im Nahen Osten ausspricht, können nicht verbergen, daß sein Konzept einer 'demokratischen Etappe' sich wieder einmal als untauglich und liquidatorisch erwiesen hat.

Mai-Aufruf der IKL

Für die sozialistische Revolution!

Der internationale Kapitalismus hat in den letzten Jahren auch in Österreich seine wahren Eigenschaften offenbart. An die 20 Millionen Arbeitslose alleine in den wichtigsten imperialistischen Ländern. Tiefe Krisen durchziehen die Kernbranchen des Weltkapitalismus. In der BRD-Stahlindustrie zB. stehen an die 50% der Produktionskapazitäten still. Der Welthandel und das kapitalistische Währungssystem erzittern unter den Schlägen des gigantischen Konkurrenzkampfes der verschiedenen Kapitalfraktionen.

Der Imperialismus kann nur auf dem Elend der Millionen in den kolonialen- und halbkolonialen Ländern existieren. Was das heißt, mußten wir in den letzten Wochen bei seinem Vernichtungsfeldzug gegen das palästinensische Volk mitansehen. In Zusammenarbeit mit der ägyptischen Bourgeoisie, die heute durch mannigfache Fäden mit dem US-Imperialismus verbunden ist und mit Hilfe der anderen reaktionären arabischen Regimes sorgte der imperialistische Hammer Israel für die 'Befriedung' des Südlibanon.

Das kapitalistische Chaos ist auch in Europa nicht mehr zu übersehen. Das Elend in den Armenvierteln und Slums der USA sind ihm offenbar Vorbild. Dort, wo es nicht zweckmäßig, dh. profitabel für ihn ist, läßt er ganze Bereiche der Gesellschaft systematisch verrotten: durch Massenarbeitslosigkeit, Abbau der Sozialeinrichtungen und Armut. Immer deutlicher produziert der Kapitalismus den ganzen Widersinn seiner Gesellschaftsordnung. Gewaltige Produktivkräfte könnten der Menschheit den Wohlstand sichern - und bescheren ihn dennoch nur einer privilegierten Minderheit. Gesellschaftlicher Produktion folgt private Aneignung. Dem internationalen Zusammenwachsen der Produktivkräfte und der Märkte erwächst der nationale Haß, der Überproduktion die massenhafte Vernichtung von Gütern.

Die 'sozialistischen' Länder können sich dem imperialistischen Druck nicht verschliessen. Sie sind in den Weltmarkt eingeschlossen. Der Imperialismus drückt nicht nur militärisch, sondern noch beengender mit seiner Warenproduktion auf die deformierten Arbeiterstaaten. Die bürokratischen Cliquen schließen mit bestimmten Bourgeoisiefraktionen Bündnisse, und während sie von "friedlicher Koexistenz" mit dem Imperialismus faseln, stärken sie ihn in Wirklichkeit gegen das internationale Proletariat. China unterstützt ganz offen den US- und NATO-Imperialismus und den forcierten Bau der Neutronenbombe. Es fordert dessen Stärkung gegen die Sowjetunion. Der Maßstab der sowjetischen Außenpolitik sind ebenso die eigennützigen Interessen der Bürokratie im Rahmen der Abmachungen mit dem Imperialismus - und wenn eben das palästinensische Volk dabei vernichtet wird. Die Opposition - auch die, die das stalinistische bürokratische Regime von links kritisiert, wie Rudolf Bahro - verschwindet in den Gefängnissen oder wird ausgewiesen.

Die proletarische Revolution in den kapitalistischen Ländern und der Sturz der Bürokratie in den deformierten Arbeiterstaaten sind längst überfällig. In jenen Ländern, in denen sich in den letzten Jahren wichtige Ansätze dazu herausgebildet hatten - Portugal und Spanien - ist die revolutionäre Entwicklung ins Stocken geraten und hat der Bourgeoisie eine Ruhepause gewährt. Sie hat aus den Klassenkämpfen Mitte der 70er-Jahre viel gelernt.

In Portugal, wo die Klassenauseinandersetzungen für sie ein beängstigendes Maß erreicht hatten, griff sie damals offen zu Volksfronten mit SP und KP. Typischerweise ging aus dem darauffolgenden Niedergang der portugiesischen Revolution zuerst eine sozialdemokratische Regierung hervor. Diese schaffte es die Arbeiterklasse weiter zu schwächen. Die von ihr durchgeführte Krisenpolitik drängte zudem kleinbürgerliche Schichten nach rechts, während sich radikalisierte Arbeiter von ihr abwandten. Die SP spaltete sich und verlor einen Großteil ihres gewerkschaftlichen Einflusses. Die KP wächst derzeit trotz ihrer Politik: In den Streiks erwies sie sich als Abwiegler zugunsten des "nationalen Wohls" des kapitalistischen Portugals. Gegen alle früheren Versprechungen bildete Soares schließlich eine Koalition mit der Partei der erstarkten Reaktion - mit der CDS.

Die Taktik der spanischen Bourgeoisie hat Modellcharakter. Vermochte sie sich nach Francos Tod nur mit Hilfe der Reformisten von PSOE und PCE die Herrschaft zu erhalten, bis sich das bürgerliche Lager unter Suarez wieder einigermaßen gesammelt hatte, so ist es auch in Italien und Frankreich die schleichende Volksfront, die das kapitalistische Chaos stützt. Ganz vortrefflich handhaben die italienischen Kapitalisten heute dieses Mittel. Ohne die PCI in die Regierung zu nehmen, erfüllt diese alle Vasallendienste einer 'Arbeiterpartei' in einer Volksfront. Sie nimmt Einfluß auf die Mehrheitsbildung im Parlament und wird zu Regierungsgesprächen zugezogen. Ein radikaler Bruch soll vermieden werden. Darin sind sich DC und KPI einig. Die Rollen sind raffiniert verteilt. Die KP ist faktisch in der Regierung und dennoch hat sie die formalen Ausreden, ja nicht wirklich Regierungsverantwortung zu tragen. Sie schachert um die Pfründe und 'argumentiert', daß die Arbeiter zugunsten des 'historischen Kompromisses' zurückhaltend sein sollen. Mit einer solchen Politik kann das Proletariat nur demoralisiert werden. Tragische Anzeichen dafür sind heutzutage die Verratsreden 'kommunistischer' Politiker und Gewerkschafter, die ungestraft ihre Forderungen in den Lohnverhandlungen von der wirtschaftlichen Lage Italiens abhängig machen können, wie es Lama zuletzt getan hatte.

Nicht deutlicher als am Beispiel der Moro-Entführung könnte aufgezeigt werden, wie wenig allen voran die 'Kommunisten' von der KPI aber auch die Mehrheit der extremen Linken des Landes gelernt haben, diesen Kapitalismus zu hassen. Wir lehnen den individuellen Terror politisch entschieden ab. Er ist nicht imstande, die Arbeiterklasse zur proletarischen Revolution zu führen, die nicht nur einzelne Marionetten, sondern das ganze kapitalistische System zertrümmern muß. Seine Strategie verzichtet von vornherein darauf, die heutige Hauptaufgabe der fortgeschrittensten Arbeiter anzugehen - den Aufbau revolutionärer Parteien.
Dennoch sehen wir die Klassenfronten weiterhin klar. Hier die verzweifelten und verbitterten Genossen der 'Roten Brigaden' - verbittert über dieses elende kapitalistische Italien und eine sich daran anbiedernde KPI. Dort ein Aldo Moro - verwickelt in sämtliche Korruptionen und Schweinereien des Staates und seiner Partei. Die bürgerlichen Parteien, nur noch überschrien von der KPI, hetzen in bewährtem 'demokratischen' Ton auf alles Fortschrittliche. Sie arbeiten neue und neue Repressionsparagraphen aus und dabei erweist sich die KPI als emsigster Kämpfer für die weitere Aufrüstung des kapitalistischen Unterdrückungsapparates gegen die Arbeiterklasse. Und die Mafia schaltete sich zugunsten der Regierung und der KPI ein, bietet ihre Hilfe an, da durch die Polizeirazzien ihre Geschäfte - ohnehin oft genug mit der Regierung selber - gestört würden. Bürgerliche Manager, 'Kommunisten' und Mafiosi - Es lebe die 'Demokratie'!

Auch der französische Imperialismus ist mit der internationalen Rezession konfrontiert. Das heißt für ihn wie überall: Abwälzen der Krisenlasten auf die Arbeiter und Bauern und Bekämpfen des Widerstandes dagegen. Kein Mittel ist dabei so wirksam wie die Politik der Parteien Mitterands und Marchais. Die Wahlspektakel der Bürgerlichen und Reformisten haben genau dahingehend gearbeitet. Die Kämpfe der französischen Arbeiterklasse zwangen die Bourgeoisie noch nicht zur Regierung der Union de la Gauche Der gaullistische Flügel Chiracs konzentrierte weiter den reaktionären Teil der Nation, während sich Giscard für eine Abwälzungspolitik mit Hilfe der 'Sozialisten' rüstete. Es kann nicht übersehen werden. Niemandem wäre eine Volksfrontregierung so unangenehm gewesen, wie den Volksfrontparteien KP und SP selber. Gründlich zerstörten sie die Hoffnungen der Arbeiter auf die Einheit ihrer Parteien gegen die Reaktion. Mitterand hat sich in der Union auf Kosten der KP gestärkt und steuert auf eine Mitte-Links-Regierung mit Giscard zu. Die 'Kommunisten' - verbissene Befürworter der Atombewaffnung Frankreichs - boykottierten ebenso den gemeinsamen Kampf, zogen sich wortradikal zurück und hatten keine Lust, in ihrer geschwächten Position in einer Union de la Gauche-Regierung die 'Drecksarbeit' bei der Krisenpolitik zu machen. Noch nicht ...

Das europäische Proletariat ist in seinem Vormarsch gebremst worden. Die Volksfrontpolitik hat die Klassenkämpfe gehemmt. Das bonapartistisch-monarchistische Regime Spaniens ist noch immer an der Macht und die portugiesische Revolution hat sich aus ihrem Tief noch nicht erholt. In Italien steigt die faschistische Gefahr parallel zur Schwächung des Proletariats durch die Volksfrontpolitik. Unsere Erwartungen gehen davon aus, daß die europäische Arbeiterklasse nirgends eine entscheidende Niederlage erlitten hat.
Gerade wichtige Kernschichten des deutschen und amerikanischen Proletariats haben in den letzten Wochen gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, die kapitalistische Krise widerstandslos hinzunehmen. Die Hafen-, Drucker- und Metallarbeiter der BRD traten in bundesweite Streiks ein, in denen sie ansatzweise aus den ideologischen Zwangsjacken der Kapitalisten und Sozialdemokraten schlüpften. Wie stark der Druck der Basis in diesen Streiks war, läßt sich an den Äußerungen der Gewerkschaftsbonzen ersehen. Leute wie Loderer, die noch vor Wochen die übelsten Sozialpartnerschaftssprüche geklopft hatten, sprachen nun von Betriebsbesetzungen und Aufteilung der Arbeit auf alle Hände. Erwartungsgemäß verrieten sie dennoch: Geheimverhandlungen für beschränkte Absicherungsverträge für die bedrohten Arbeitsplätze. Den Aussperrungen durch die Kapitalisten wußten sie schließlich lediglich Gerichtsklagen entgegenzuhalten.

Nach fast viermonatiger Dauer ist der Streik der amerikanischen Bergarbeiter zu Ende gegangen. Mit breiter Unterstützung aus der Bevölkerung verteidigten sie gegen die Carterregierung ihr Streikrecht erfolgreich.

Unsere Erwartungen sind mit der Überzeugung verbunden, daß nur eine konsequente antikapitalistische Politik die Interessen des

internationalen Proletariats absichern kann. Nicht zuletzt ist die jetzige Stagnation der Klassenkämpfe in Süd- und Südwesteuropa Ausdruck der Krise der proletarischen Führung. Jeder abgesicherte Erfolg des deutschen Proletariats auf der anderen Seite ist ebenso nur unter revolutionärer Führung vorstellbar. Hauptvoraussetzungen in diesen aktuellen Auseinandersetzungen sind für eine proletarisch-revolutionäre Organisation korrekte Positionen zur Volksfrontpolitik der Reformisten und ein Programm, das die Kämpfe der Arbeiter organisiert und ihre Schlagkraft stärkt. Es heißt, sich dem Proletariat nicht doktrinär entgegenzustellen, sondern die Kämpfe der Massen um ihre praktischen Bedürfnisse zu verschärfen, zu verbreitern und sie zu lehren größere Bedürfnisse zu haben: Das Bedürfnis nach der Eroberung der Macht!

Im wesentlichen hat die extreme Linke Europas dabei versagt. In Portugal hat sie sich von ihrem Fiasko von 1975 nicht mehr erholt. Die italienischen linken Organisationen haben in den letzten Tagen bewiesen, wie wenig von ihnen ein konsequenter antikapitalistischer Kampf zu erwarten ist. Das Hetzklima nach der Moro-Entführung hat die Mehrheit noch opportunistischer gegenüber der KPI werden lassen. Im französischen Wahlkampf haben beide 'großen' Wahlblöcke der extremen Linken auf eine revolutionäre Politik verzichtet. 'Lutte Ovriere' war unfähig das Klassenbewußtsein der französischen Arbeiterschaft in ihrer Taktik zu berücksichtigen. Marchais, Mitterand waren für sie nichts anderes als Giscard und Barre. Sie stellte sich letztlich den französischen Arbeitern ultralinks entgegen, ohne das Verhältnis der Arbeiter zur Union und ohne diese als Volksfront zu begreifen. Die LCR (französische Sektion des 'Vereinigten Sekretariates') ging zwar auf die Illusionen der Arbeiter in SP und KP ein, bekämpfte sie aber recht wenig. Sie forderte zwar die Reformisten auf mit den Bürgerlichen zu brechen und unterstützte auch die 'Arbeiterparteien' bei der Wahl. Doch sie unterstützte sie nicht wie der Strick den Gehenkten 'unterstützt': Sie konfrontierte die Union bloß mit 'Sofort'forderungen, die SP und KP erfüllen könnten, machte Glauben, als wäre die Volksfront ein Schritt Richtung Sozialismus und verzichtete auf die aktuelle Einbringung des Übergangsprogrammes.

Die Krise der proletarischen Führung zu lösen bedeutet für uns heute einen Kern für eine internationale Tendenz aufzubauen. Erstes Zwischenziel dabei ist die Fusion mit dem deutschen SPARTACUSBUND. Hauptaufgabe ist es, durch die Rekonstruktion des revolutionären Programms - ausgehend vom Übergangsprogramm 1938 - die Voraussetzungen für eine Umgruppierung innerhalb der Arbeiterbewegung zu schaffen. Organisatorischer Ausdruck davon ist der WIEDERAUFBAU DER IV. INTERNATIONALE.

Die österreichische Sozialdemokratie nutzte den internationalen Wirtschaftsaufschwung 1975/76 und ihre massive inflationistische Subventionspolitik aus, um sich als Hüter der Vollbeschäftigung aufzuspielen. Ab dem ersten Halbjahr 1977 hörte man aber von ihr andere Töne. Die internationale Rezession, vor allem in der Stahlbranche, war über Österreich hereingebrochen - und kein Funken Widerstand gegen die Arbeitslosigkeitspolitik der Kapitalisten blieb bei der SPÖ übrig. Ihre Führer pumpen weiterhin riesige Summen in die Rachen der Bourgeoisie und wissen und sagen es auch, daß deren Investitionen Rationalisierungsinvestitionen sind. In der Stahlindustrie stimmten sie allen Abbaumaßnahmen prinzipiell zu. Ihre Floskeln vom "hohen Beschäftigungsniveau", das es anzustreben gelte, verhöhnen die Arbeitslosen. In Kärnten und im Burgenland stieg die Arbeitslosenziffer auf zum Teil rund 10% an! Nein - die Sozialdemokratie ist keine Waffe gegen die Arbeitslosigkeit!

Die KPÖ wiederum begnügte sich mit Appellen an die Regierung und Bourgeoisie. Österreichs Stahlbranche solle gestärkt werden - dh. die Kapitalisten, die allein von der Verstaatlichten profitieren. Österreich solle seine Zollschranken erhöhen - dh. die Konkurrenzposition der Bourgeoisie soll verbessert werden. Der Osthandel solle ausgebaut werden - auch die KPÖ kann den Arbeitern nicht versprechen, daß ihnen dies zugute kommen würde. Die Massenkaufkraft solle gehoben werden - nur, die KPÖ kämpft nicht dafür, glaubt wohl, daß Staat und Kapitalisten von sich aus so nett sein werden, Löhne und Gehälter zu erhöhen.
Dem 'Gürtel-engerschnallen' bei den VEW stimmte sie sogar grundsätzlich zu.
Weder die Stärkung des österreichischen Kapitals, noch Flehen für stärkere Massenkaufkraft vermögen die Interessen der österreichischen ausgebeuteten Massen zu befriedigen. Unsere Perspektive ist der international ausgerichtete Kampf der Arbeiter gegen alle Kapitalfraktionen!

Die Maoisten führen zwar einen wortradikalen Kampf gegen den Lohnraub. Indes, ihre Perspektiven sind alles andere als revolutionär. Sie beschränken sich im wesentlichen auf ein Überbieten der Forderungen der Gewerkschaftsbürokratie. Sie treiben die Forderungen nicht weiter und begreifen nicht, daß Inflation und Preise alle Erfolge der Lohnkämpfe wieder rückgängig machen können. Der Arbeitslosigkeit stellen sie gar nur die Erhöhung der Arbeitslosengelder und die Selbstverwaltung der Arbeitsämter durch die Arbeitslosen gegenüber. Ist letzteres nur mehr als schlechter Scherz zu verstehen, ist in ihrer Ausrichtung gegen die Arbeitslosigkeit, der sie mit der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung alleine Herr werden will, bereits die Schwächung des Widerstandes der Arbeiter angelegt.
Die Arbeitslosen müssen wieder in die Front der Arbeitenden eingegliedert werden, damit die Kampfkraft der Klasse nicht gespalten wird. Das ist unsere Stoßrichtung und nicht ein 'Verewigen' der Arbeitslosigkeit. Daher: AUFTEILUNG DER ARBEIT AUF ALLE HÄNDE OHNE LOHNVERLUST!
Die Ausgebeuteten müßten der permanenten Inflation den permanenten Kampf ansagen: in unabhängigen Komitees der Arbeiterklasse, um die Löhne und Gehälter den Preis- und Tarifsteigerungen anzupassen; um die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände zu organisieren; um den Kampf für die Verteidigung der proletarischen Interessen zu führen.
Keine Phrasen über den Sozialismus, isoliert und abgehoben vom aktuellen Kampf. Damit gewinnt man nicht die Arbeiter - sondern Anknüpfen an die unmittelbaren Interessen und den Kampf um Forderungen zu verschärfen, die die Massen für die Machteroberung mobilisieren: GLEITENDE SKALA DER LÖHNE UND ARBEITSZEIT! FABRIKKOMITEES! AUFHEBUNG DER GESCHÄFTSGEHEIMNISSE! ARBEITERKONTROLLE ÜBER DIE PRODUKTION!

Wir haben im letzten Jahr mit einer regelmäßigen Betriebsarbeit bei den ÖBB begonnen. Es ist klar, daß wir dabei unmittelbar keine großen Erfolge erzielen werden. Dennoch erachten wir es als ungemein wichtig, sich bereits heute dem Druck der Klasse auszusetzen. Wir wollen die fortgeschrittensten Kollegen bei den Bundesbahnen ansprechen und selber wichtige Erfahrungen für die morgigen Klassenkämpfe in Österreich sammeln.

Unser zweiter Schwerpunkt liegt in der Antirepressionsarbeit. Im Zusammenhang mit der Russell-Initiative für ein Tribunal über die Repression in der BRD haben wir Arbeitsgruppen zu verschiedenen Bereichen der Unterdrückung initiiert, bzw. haben uns daran beteiligt. Welche Ausreden andere linke Organisationen auch immer angeführt haben, um nichts zu tun (man könne heute Linkssozialdemokraten, Arbeiter dafür nicht gewinnen, weswegen keine Antirepressionsarbeit zu machen sei - wie die GRM argumentiert; oder die Maoisten, die sich weigern mit 'Agenten' zusammenzuarbeiten), die Unterdrückung und politische Einschränkung, die faschistischen Provokationen ua. gehen weiter. Es gilt zumindest jene zur Mitarbeit zu gewinnen, die heute bereit sind, etwas zu tun. Das ist auch die beste Voraussetzung für die Ausweitung der Abwehrfront.

Wir arbeiten zur Zeit in der 'AG-Politische Gefangene/Prozesse', in der 'AG-Unterdrükkung und politische Einschränkung im Ausbildungsbereich' und in der 'AG-Faschismus' mit. Beteiligt Euch an den Arbeitsgruppen! Kommt am 1. Mai und demonstriert unter den Losungen:
UNTERSTÜTZT DAS ÖSTERREICHISCHE RUSSELL-KOMITEE!
KAMPF DEM FASCHISMUS!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Beteiligt Euch am Block der IKL!

GEGEN STALINISMUS UND SOZIALDEMOKRATIE - FÜR DEN AUFBAU EINER REVOLUTIONÄREN PARTEI!

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV. INTERNATIONALE!

GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT UND INFLATION - GLEITENDE SKALA DER LÖHNE UND ARBEITSZEIT!

ARBEITERKONTROLLE ÜBER DIE PRODUKTION!

KEINE ILLUSIONEN IN DIE VOLKSFRONTPOLITIK - FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

FREIHEIT FÜR RUDOLF BAHRO!

FÜR DIE POLITISCHE REVOLUTION IN DEN DEFORMIERTEN ARBEITERSTAATEN!



Fortsetzung von Seite 1

'VOLKSABSTIMMUNG' GEGEN AKW?

wir einmal die Argumentation von R.L. zu verstehen und zu widerlegen.

WARUM 'VOLKSABSTIMMUNG'?

Der Ausgangspunkt dieser Argumentation ist die Feststellung, daß "die Öffentlichkeit" immer mißtrauischer werde und die "Affäre" um die Lieferung der Brennstäbe und das "Tauziehen zwischen den Parteien die demokratische Glaubwürdigkeit des Parlamentsentscheids stark angeschlagen" hat. Hier - so die GRM - gilt es nachzustoßen. Stimmen die "Volksvertreter" der 'Volksabstimmung' zu, hat die Anti-AKW-Bewegung "Zeit gewonnen", kann die Bevölkerung gut und breit "aufklären" und kann "unter Umständen auch das Kräfteverhältnis zwischen AKW-Gegnern und Befürwortern in der Bevölkerung" umstoßen. "Wenn die Regierung diese Forderung ablehnt, was wahrscheinlich ist, so wird sie den Preis eines noch höheren Mißtrauens zahlen: Wir werden besser als vorher erklären können, daß der Parlamentsentscheid genau dazu dient, die Massen aus der Sache herauszuhalten". (Alle Zitate aus der April-'rotfront')

An dieser Argumentation ist auch schon alles falsch. Zuerst der dubiose Begriff der "Öffentlichkeit". Was und wer ist darunter zu verstehen? Die Massenmedien? Die 'Bevölkerung'? Sollte es für Marxisten nicht vielmehr wesentlicher sein, die Frage zu beantworten, wie die Klassen, bzw. Schichten der Bevölkerung auf die Atomkraftwerke, bzw. auf die Argumentation der AKW-Gegner reagiert haben? Hier kommt schon die Charakteristik des Artikel von R.L. zum Vorschein: Nichts wird inhaltlich begründet, sondern er geht einfach von einer "Öffentlichkeit" aus, die "immer mißtrauischer" wird. Die politische Realität allerdings zeigt, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse den Atomkraftwerken positiv gegenübersteht, nicht etwa, weil sie diese Energiequelle für völlig gefahrlos hält, sondern weil die Argumentationslinie von SPÖ und ÖGB, nach der diese Kraftwerke unbedingt notwendig sind, um die Arbeitsplätze zu sichern, den Arbeitern 'einsichtig' ist. Diese 'Einsicht' hat ihre Grundlage nun nicht in einem Prozeß der 'demokratischen Meinungsbildung' (der unter kapitalistischen Verhältnissen ohnehin eine Fiktion ist), sondern vielmehr in einer materiell begründeten Angst des Arbeiters um seine soziale Existenz. Wie schön und einfach wäre die Welt, wenn es nun genügen würde, diese materielle Grundlage einfach durch den Hinweis 'ausschalten' zu können, wonach in anderen kapitalistischen Ländern, in denen es Atomkraftwerke gibt, eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht.

Wenn wir einen ersten Ausgangspunkt treffen, dann muß er darin bestehen,klar festzustellen, daß die Anti-AKW-Bewegung in Österreich an ihren Grenzen angelangt ist und nun bereits wieder einem rückläufigen Prozeß unterworfen ist. Dies wird nicht nur durch die Teilnehmerzahlen an den diversen Demonstrationen belegt (wenn man bedenkt, daß viele Menschen nun schon zweimal aus den Bundesländern gekommen sind, um einen Vormittagsspaziergang auf dem menschenleeren Wiener Ring zu machen, ist es begreiflich, daß viele von ihnen ausbleiben und resignieren), sondern auch durch die innere Entwicklung der IÖAG, wo ja vor kurzem rechte Teile einen Coup versuchten, um die 'lästige Linke' (in diesem Fall könnte man fast mit einiger Berechtigung vom 'Nützlichen Idioten'sprechen) loszuwerden. Die Anti-AKW-Bewegung hat nicht nur keinerlei Einfluß in der Arbeiterklasse, sie umfaßt außerdem nur einen minimalen Teil jener 'unmittelbar Betroffenen'. Die Schlußfolgerung des Autors in der 'rotfront' ist nun mehr als fatal. Er und die anderen Befürworter der 'Volksabstimmung' wollen nun "Zeit gewinnen", um besser und ausführlicher die Ansichten der AKW-Gegner propagieren zu können, also einen "Entscheidungsprozeß" einleiten, "bei dem der Bürger (!) nicht auf die 'Volksvertreter' vertrauen soll, sondern gezwungen(?) ist, sich selbst eine Meinung zu bilden und selbst zu entscheiden". ('rotfront')

Die Stellung der Menschen zur Atomenergie und ihren Gefahren, wird reduziert auf 'gute' und 'ausführliche', bzw. 'weniger gute' Propaganda der AKW-Gegner und Befürworter. Der Stand der Klassenkämpfe, das Kräfteverhältnis der Klassen zueinander, kurz - die objektive Situation, die letztlich allein über das Schicksal einer derartigen Bewegung entscheidet, oder anders ausgedrückt, die Grundlage der 'Meinung' der "Bürger" ist, existiert für die 'rotfront' nicht. Im Stile eines idealistischen Politisierers zeichnet R.L. folgendes Bild: Zwei Lager stehen einander gegenüber - AKW-Gegner und Befürworter. Erstere haben noch nicht Zeit genug gehabt, ihre 'besten' Argumente breit genug vorzutragen, letztere verfügen über alle Möglichkeiten. Nun ziehen die AKW-Gegner vor das Parlament und fordern von den Abgeordneten: 'Gebt uns Zeit und laßt die Bürger abstimmen. Gebt uns die Möglichkeit, im Fernsehen und im Rundfunk unsere Ansichten darzulegen'.

Denn - und das wird R.L. wohl nicht bestreiten können - allein die Abgeordneten des Parlaments können entscheiden, ob eine 'Volksabstimmung' durchgeführt wird, oder nicht. Im Falle der Notwendigkeit einer einfachen Mehrheit die SPÖ, die sich längst für Zwentendorf entschieden hat. Ist aber für eine solche Entscheidung eine Zweidrittelmehrheit nötig, siehts noch schlimmer für R.L. aus, denn dann würden die AKW-Gegner genau der Demagogie von ÖVP und FPÖ in die Hände arbeiten.Was R.L. offenbar nicht versteht ist die simple Tatsache, daß 'Meinungen' nicht durch 'gute Argumente' geformt, bzw. geändert werden können, sondern ihre Grundlage in der Klassenlage, im Klasseninteresse des "Bürgers" haben. Deutlicher: Eine Arbeiterklasse, die bewußt gegen die Arbeitslosigkeit kämpft, wird auch gegen Atomkraftwerke kämpfen (in einem solchen Falle werden 'gute' Argumente gegen die Atomenergie wirksam werden), einfach weil sie begriffen hat, daß Stillhalten ihren Interessen schadet und nicht nützt. Die heutige Situation in Österreich ist aber nun einmal eine völlig andere. Die Arbeiterklasse vertraut in ihrer absoluten Mehrheit der SPÖ, die ja noch dazu tatsächlich auf eine geringe Arbeitslosigkeit in diesem Land hinweisen kann und dies als ihren 'Erfolg' ausgibt. Staribacher wird mit den dümmsten Argumenten bei den Arbeitern mehr Wirkung haben, eher ihr Vertrauen gewinnen, als die klügsten AKW-Gegner, einfach weil seine Argumente die materielle Existenz der Arbeiter unmittelbar, spürbar betreffen, die AKW-Gegner dagegen auf Gefahren (natürlich zurecht) hinweisen, die weit undeutlicher, unmittelbar wenig spürbar sind, selbst wenn sie langfristig die gesamte Menschheit bedrohen.

Mit seinem hilflosen subjetivistischen Konzept beweist R.L. bloß, daß er nicht begriffen hat, daß die Arbeiter nicht um das hohe Ideal der 'Rettung der Menschheit' zu kämpfen beginnen, sondern in Bewegung geraten, anhand sie unmittelbar bedrohender Gegebenheiten und Entwicklungen - wie eben Arbeitslosigkeit, Inflation, Faschismus usw. Diese Bedrohung läßt sich aber nicht einfach durch Argumente vermitteln. Abgesehen davon, daß Propaganda und Agitation natürlich in jeder Situation einzelne bewußte Arbeiter erreichen kann, muß doch klar sein, daß die Masse der Arbeiter und Angestellten erst dann positiv reagieren wird, wenn der Inhalt dieser Propaganda und Agitation ihr als ein sie unmittelbar bedrohendes Problem bewußt ist. R.L. baut vor uns ein 'demokratisches Spielchen' auf, losgelöst vom Bewußtsein der Arbeiterklasse, basierend einzig auf einer dubiosen "Öffentlichkeit", die angeblich "immer mißtrauischer" wird und auf der Hoffnung, daß der "Bürger" den 'guten Argumenten' der AKW-Gegner doch noch vertrauen wird. Genau das aber nennen wir Stärkung und Bestätigung der Illusionen in die parlamentarische Demokratie!

PARLAMENTARISMUS UND DEMOKRATIE

Nicht gerade originell und klug versucht R.L.,unsere Argumentation zu 'zerlegen',indem er ein Zitat völlig aus dem Zusammenhang löst, oder den Artikel in der letzten Ausgabe der 'permanenten revolution' nicht zu Ende gelesen hat.

"Die IKL glaubt nämlich, das Parlament habe 'nicht erst heute keinerlei reale Bedeutung in der bürgerlichen Gesellschaft'! Wo beziehen diese Genossen ihren dick aufgetragenen 'Marxismus' eigentlich her? Wahrscheinlich vom Mond, denn sonst könnte ihnen doch nicht entgangen sein, daß es gerade die bürgerliche Demokratie und die parlamentarischen Institutionen sind, die dem Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten im kapitalistischen Europa die Massenloyalität der Arbeiter gesichert haben". ('rotfront')

Zum ersten bezog sich unsere Aussage klar auf die reale politische Bedeutungslosigkeit des Parlaments und nicht auf die Illusionen, der Arbeiterklasse in den Parlamentarismus. Das dies durchaus zwei zu unterscheidende Ebenen sind, ist alleine dadurch bewiesen - und R.L. kann hier schwer widersprechen - daß alle wesentlichen Entscheidungen der österreichischen Bourgeosie nicht im Parlament getroffen werden. Wir hatten ja in unserem Artikel auch betont, daß Kommunisten durchaus auch an parlamentarischen Wahlen teilnehmen können - aber nicht wegen der politischen Bedeutung des Parlaments (Lenin spricht nicht umsonst vom 'aus dem Fenster sprechen'), sondern wegen eben der vorhin genannten Illusionen. Zweitens zeigt R.L. ein verkürztes Verständnis dieser Illusionen. Erst über die reformistischen Parteien, d.h. über deren politische Hegemonie über die Arbeiterklasse kann der 'demokratische Kapitalismus', eben der Parlamentarismus das Vertrauen und die Unterstützung des Proletariats gewinnen. Dieser entscheidende Faktor besteht für R.L. überhaupt nicht.

Ein wesentlicher Punkt der Differenzen betrifft die Verwendung und Propagierung demokratischer Forderungen, d.h. das politische Herangehen an diese Frage.

Es ist wohl unbestritten, daß der Kapitalismus auf allen seinen Erscheinungsebenen durch und durch undemokratisch ist. Es wäre nicht sehr schwer, ein seitenlanges Forderungsprogramm aufzustellen, das mehr Demokratie auf allen diesen Ebenen fordert. R.L. geht auch letztlich nicht anders an diese Frage heran. "Gleichzeitig fordern wir vom Staat ausreichenden Zugang zu den Massenmedien für AKW-Gegner. Warum sich die IKL darüber schrecklich aufregt - dadurch würden ihrer Meinung nach nämlich 'Illusionen in den Staat genährt' - ist unerklärlich: der ORF gehört dem bürgerlichen Staat. Da dessen Sturz wohl kaum unmittelbar bevorsteht, muß man demokratische Forderungen an ihn stellen - (für Marxisten sollte das nichts Neues sein)". ('rotfront')

Die Welt des 'gesunden Menschenverstandes' ist wieder gerade. Der Marxismus kämpft nicht für ein Mehr an Demokratie, sondern für den Sozialismus. Wenn wir von dieser - zugegebenermaßen - Binsenweisheit ausgehen, dann folgt für uns daraus, daß Marxisten mit ihren Methoden, mit ihrem Programm und mit ihren Zielen für demokratische Forderungen und Rechte kämpfen.Anders ausgedrückt: Ein derartiger Kampf, eine derartige For-

derung muß in jedem Falle mit dem eigenen revolutionären Programm verbunden werden. Für R.L. ist es offenbar neu und ungewohnt, daß es nicht darum geht,über ein Mehr an Demokratie zum Sozialismus zu kommen (eine solche Annahme würde genau den vorhin erwähnten demokratischen Forderungskatalog notwendig machen), sondern, daß unsere Aufgabe in der Verbindung des Kampfes für demokratische Rechte mit dem Kampf für den Sozialismus besteht. Wenn wir nun die Forderungen der GRM zum Problem der Atomkraftwerke heranziehen, dann finden wir eine einzige antikapitalistische Forderung ('Gegen die Profitgier des Kapitals'), aber diese ist nicht im geringsten geeignet, Kampfperspektiven, die über ein "Mißtrauen" in den Parlamentarismus hinausgehen, aufzuzeigen. Alle anderen Forderungen, dieser einzigartigen 'Trotzkisten' können von jedem rechten Kasperl in der Anti-AKW-Bewegung voll und ganz unterschrieben werden!

Vielleicht können wir R.L. mit einem Beispiel deutlicher machen, wie unser Verständnis des Kampfes für demokratische Rechte aussieht. Bewegungen - deren qualitative und quantitative Bedeutung hier nicht gewertet werden soll - gegen undemokratische Erscheinungsformen des Kapitalismus entstehen nicht auf unser Kommando (einzig der Stalinismus schafft sich seine 'Massenbewegungen' selbst - aber in der Kritik einer solchen Politik wird R.L. wohl mit uns einig sein). Die unmittelbare Betroffenheit schafft vor allem bei Teilen des Kleinbürgertums eine gewisse Bereitschaft gegen offene Übel 'einzuschreiten', ohne den Kapitalismus insgesamt in Frage zu stellen. Wenn nun z.B. eine solche Bewegung gegen undemokratische Maßnahmen des ORF (Manipulation des Programms usw.) entsteht, dann müssen Marxisten selbstredend politisch eingreifen. Aber ihre Aufgabe würde nicht darin bestehen,'bessere' demokratische Forderungen vorzuschlagen, sondern genau darin, an dem Kampf für mehr Demokratie anzusetzen (d.h. ihre Losung kann natürlich nicht allein in der Forderung nach 'Sozialismus' bestehen) um ihn weiterzutreiben!Ein demokratischer Kampf, der allein auf seine demokratischen Ziele beschränkt bleibt, führt zur Niederlage, die sich im Falle der Anti-AKW-Bewegung in Resignation und Zerfall, in anderen zugespitzten Klassenkampfsituationen, in einer Niederwerfung der Arbeiterbewegung äußern wird.

1978 - Genosse R.L. - sollte das für Marxisten nichts Neues sein. Wir glauben gerne, daß R.L. in 'theoretischen Gesprächen' all dies einigermaßen weiß. Aber das ist eben das 'ewige Dillema' des Opportunisten - sein an sich vorhandenes Wissen hat für seine praktische Politik keinerlei Bedeutung.

Der gesamte Artikel, die gesamte Politik der GRM zu dieser Frage, bestehen letztlich darin, der Anti-AKW-Bewegung zu sagen: 'Kämpft für mehr Demokratie'. Nachdem sich dieses Vorhaben zwangsläufig als aussichtslos herausgestellt haben wird, wird dann die GRM vielleicht groß posaunen: 'Wir haben das schon immer gewußt' und 'sozialistische Perspektiven' einbringen... Der 'gesunde Menschenverstand' im Gewande des Trotzkismus: Steht der Sturz des bürgerlichen Staates nicht auf der Tagesordnung - demokratische Forderungen. Steht er auf der Tagesordnung - sozialistische Forderungen. Sämtliche Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, ja der letzten Jahre (Portugal!) sind nicht begriffen worden!

WAS IST "ETWAS GRUNDSÄTZLICH POSITIVES"?

Die SOAK argumentiert gegen die Forderung nach einer 'Volksabstimmung', indem sie richtig betont, daß diese Forderung den rechten Gruppierungen nützen würde. R.L. versucht nun gar nicht, dagegen zu argumentieren, er nimmt stattdessen eine kleine Anleihe beim maoistischen KBÖ und versichert tiefsinnig: "Daß auch reaktionäre Gruppierungen für eine Volksabstimmung sind, spricht noch lange nicht dagegen: Die Einheit der Anti-AKW-Bewegung ist grundsätzlich etwas Positives und stärkt diese". So. Jetzt weiß die SOAK auch, daß,wenn sie anderer Ansicht ist, das 'Sektierertum' über sie hereinbrechen kann. R.L. bringt hier eine neue Note in die Auseinandersetzung - die Beschwörung. Er sagt letztlich nichts anderes, als daßdie Einheit mit Reaktionären etwas "grundsätzlich Positives" ist. Wenn dies für die Anti-AKW-Bewegung gilt, warum nicht auch für andere Ebenen und Ausdrucksformen des demokratischen Kampfes? Abgesehen davon, daß die 'rotfront' diese Behauptung nicht im geringsten begründen kann, ist hier wohl der absolute Gipfel der Verständnislosigkeit erreicht. Die Einheit mit Reaktionären - egal in welcher 'Bewegung' - schadet in jedem Falle der Linken, indem sie der Sozialdemokratie die besten Argumente gegen diese Bewegung liefert. R.L. hat offenbar noch nicht die Polemiken der Sozialdemokratie gegen die Anti-AKW-Bewegung gelesen, die genau in diese Richtung zielen - und zum Teil sogar eine zutreffende Grundlage haben. Kienzl kann mit verbal-orthodoxen marxistischen Argumenten gegen

Wildgewordene Maoisten

Nun endlich wissen wir ganz genau, wie der "ernsthafte" AKW-Gegner - zumindest laut KB-Ansicht - zu sein hat: ordentlich gekleidet, gut zu Fuß, diszipliniert Parolen brüllend und nochmals, selbstverständlich und vor allem "ernsthaft" (was auch immer darunter zu verstehen ist), gewissermaßen Avantgarde einer Bewegung, die bereits das ganze Volk erfaßt hat. Sollte das Volk, unwissend und widerspenstig wie es nun einmal ist, damit nicht einverstanden sein, kann man ja andere Saiten aufziehen.

Wie etwa im Fall von ca. 200 Spontis, die es wagten, das "einheitliche" Bild der Demonstration zu stören (angemalte Gesichter, tanzen und oh' Schreck: ganz ohne Ordner!). Sie wurden bereits am Schwarzenbergplatz von einer Ordnerkette empfangen und der Zug vor ihnen abgeschirmt. Ergebnis: Durch die Karate-Demonstration eines Schlägers wurde ein Mädchen an der Schläfe leicht verletzt, verbogene Brillen, eine zerstörte Kamera (Schlägeraktionen des KB dürfen natürlich nicht dokumentiert werden). Belästigungen und Anpöbelungen von Flugblattverteilern und Zeitungsverkäufern anderer Organisationen, etwa auch der IKL, wurden während der ganzen Demonstration durchgezogen. Es war dem KB offenbar unangenehm, daß z.B. wir in unserem Flugblatt versuchten, 'seinen Massen' zu sagen, daß mit Ringstraßendemonstrationen an Sonntagvormittagen und der Förderung des Vertrauens in 'demokratische' Institutionen wie das Parlament (Forderung nach Volksabstimmung) nichts, aber auch gar nichts erreicht werden kann und endlich eine klare politische Zielsetzung der Bewegung nötig wäre.

Bei der Bellaria lieferten die Spontis ihre nächste Aktion, tanzten herum und versuchten den Zug links zu überholen - was politisch nicht sonderlich schwierig ist, physisch schon eher. Resultat dann auch: Schlägereien (4 Ordner gegen 1 Mädchen), zerstörte Transparente etc.

Vor dem Parlament folgte dann der Höhepunkt. Als ein Lautsprecherwagen während einer Pause auf der Haupttribüne zu spielen begann und ein Pappmodell des Parlaments verbrannt wurde, provozierten die KB-Ordner, unterstützt von 'Zivilisten' eine neuerliche Schlägerei, bei der die Lautsprecheranlage des Busses beschädigt und ein Demonstrant niedergeschlagen wurde. Ein Mitglied der Ordnerleitung forderte dann die Leute auf dem Bus auf, einen "Wirbel zu inszenieren" um die Polizei abzulenken.

Offensichtlich sollte hier eine weitere Schlägerei angezettelt werden,um damit eine geplante Sprühaktion zu dekken. Obwohl diese Aktion seit Tagen bekannt war und der KB neben dem offiziellen Ordnerfunkdienst noch zusätzlich einen eigenen aufgebaut hatte, war nur ein Teil der Ordner informiert worden. Den anderen wurde nur gesagt, daß sie im Fall von Polizeiaktionen vor dem Parlament Ketten bilden sollten. Wollte man hier etwa nichtsahnende Demonstranten und uninformierte Ordner in eine Schlägerei mit der Polizei hetzen?

Um in einem Punkt nicht mißverstanden zu werden: Wir sind natürlich der Ansicht, daß bemalte Gesicher, grunzen in ORF-Mikrofone und brennende Parlamentsmodelle sicherlich kein qualitativer Beitrag zum politischen Kampf sind. Auch wir sind für den Einsatz von Ordnern, um eine Demo zu schützen und Provokationen zu vermeiden. Nur müssen wir dem KB sagen, daß man die alte chinesische Weisheit, daß fünf Finger eine Faust bilden, nicht dahingehend ummünzen darf, diese Faust auf andersdenkende Linke niedersausen zu lassen und damit die eigene Frustration zu verbergen. Wir fragen, ob der KB glaubt, daß Prügelaktionen wirklich geeignet sind, "Aktivisten zu gewinnen" oder irgendjemand zu überzeugen?

Aber darum ging es ja gar nicht. Ausreden, daß die Ordner, vor allem durch die Sponti-Aktionen und die Sprühaktion überfordert gewesen wären, sind, wie bereits oben gezeigt, völlig lächerlich. Die wahren Gründe für die hysterische Reaktionen liegen ganz woanders. Seit der KB innerhalb der IÖAG zunehmend an Einfluß verliert - auch der gutgläubigste AKW-Gegner merkt es irgendwann einmal, wenn er nur als 'Masse' für die übliche KB-Propaganda herhalten soll - sieht er spätestens seit der Soyka-Aktion (Aktion der rechten 'Umweltschützer'), durch die versuchte Gründung eines Vereines mit dem Namen IÖAG, die Linken aus der Bewegung zu eliminieren) seine Felle davonschwimmen. Die Volksabstimmungsparole war offenbar auch nicht das richtige Kaninchen aus dem Zauberhut, der "Große Sprung nach vorne" hat nicht stattgefunden - vielleicht kann man also die Massen mit Gewalt zu ihrem Glück zwingen. Atomkraftwerke werden dadurch zwar nicht verhindert, aber das war ja auch von Anfang an nicht der Zweck der Übung, denn schließlich sind Atomkraftwerke nur im Kapitalismus gefährlich, aber "solange das Volk gegen AKW's ist", muß man natürlich so tun 'als ob'.

'rechte Romantiker' und 'Umweltschützer' argumentieren, weil diese Kräfte das politische Gesicht der Anti-AKW-Bewegung prägen. Die Einheit mit Reaktionären sollte keine Auswirkung auf das Bewußtsein der Arbeiter, auf ihre Stellung zu dieser Bewegung haben? Armer R.L.

Doch der Verdacht drängt sich auf, daß 'Einheit' für den unglücklichen 'rotfront'-Schreiberling deshalb 'grundsätzlich positiv' ist, weil sie mehr Teilnehmer an den Demonstrationen bringt und die GRM nun endlich in der 'großen Welt' der 'Massen' verweilen kann, ohne besonders aufzufallen.

"SUPERTROTZKISTEN" UND DAS 'ÜBERGANGSPROGRAMM'

Am Schluß seines Artikels greift R.L. noch zu Methoden, die eher etwas peinlich wirken. Abgesehen davon, daß es völlig blödsinnig ist, uns vorzuwerfen, daß unsere Position "in letzter Konsequenz" dazu führe, den "Kampf um demokratische Reformen überhaupt als verwerflich abzutun" wird er noch unfreiwillig komisch, wenn er uns "Supertrotzkisten" rät, das 'Übergangsprogramm' zu lesen, "wo der Kampf um demokratische Forderungen explizit bejaht wird: Als Beispiel führt der Text die Kampagne der amerikanischen Trotzkisten für einen Volksentscheid in der Frage der Kriegserklärung gegenüber dem faschistischen Deutschland an". ('rotfront')

R.L. ist offenbar der Ansicht, uns mit dem 'Übergangsprogramm' schrecken zu können. Sein Irrtum besteht darin, uns mit der seligen ÖBL zu verwechseln. Alleine der Hinweis, daß Trotzki etwas geschrieben hat, genügt uns keineswegs. Erstens gab es auch zu Lebzeiten Trotzkis in der IV. Internationale Personen und Gruppierungen, die eine falsche Politik durchführten (wir erinnern nur an den politischen Kampf Trotzkis gegen Pierre Frank, einem der heutigen 'Theoretiker'des 'Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale). Zweitens glauben wir, daß einiges an der Position Trotzkis zum Eintritt der USA in den 2. Weltkrieg zumindest diskussionswürdig ist. Anders ausgedrückt: Wir übernehmen eine Position nicht deshalb, weil sie Trotzki im 'Übergangsprogramm' schrieb, sondern dann, wenn wir der Ansicht sind, daß sie heute tauglich ist. Drittens ist das Vorgehen von R.L. wohl mehr als bezeichnend. Kein Wort zu der damaligen Situation in den USA, kein Wort zu den Klassenkämpfen, dem Stand der Organisation usw. Kurz: Kein Wort zu der entscheidenden Frage, warum Trotzki und die SWP diese Forderung aufstellten, auf welcher Analyse und mit welchen Perspektiven sie das begründeten. Wir haben schon in der letzten Ausgabe dieser Zeitung geschrieben, daß es Situationen geben kann, in denen Marxisten durchaus derartige Forderungen übernehmen und unterstützen können. Doch, lieber Genosse R.L., es geht nicht um 1938 und nicht um die USA und schon gar nicht um einen Kriegseintritt (der Kampf gegen den imperialistischen Krieg war die entscheidende Frage in diesen Jahren), sondern um die heutigen österreichischen Verhältnisse und Bedingungen!



Das Elend der Handwerkelei

Spaltung des „Querschläger"

Die Gruppe "Querschläger", die auch die gleichnamige Zeitung herausgibt und antimilitaristische Arbeit im Bundesheer machen will, hat sich gepalten. Anfang des Jahres erklärte eine Gruppe von Genossen, die zumeist der FÖJ und der SOAK nahestehen, ihren Austritt. Dieser Schritt wurde so begründet: "Wir müssen selbstkritisch feststellen, daß wir in Folge der fragwürdigen Taktik des KB durch unsere Arbeit zu Handlangern einer von uns als falsch erkannten und abgelehnten Politik zu werden drohten". (Aus der Austrittserklärung vom 16.1.78) Beide Gruppen wollen die Arbeit - vor allem durch die Herausgabe "ihres" 'Querschlägers' fortsetzen.

Dieser Bruch kommt für uns keineswegs überraschend. Wie soll denn auch in der Frage des antimilitaristischen Kampfes eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem KB möglich sein, einer Organisation, die schon seit längerer Zeit die "Sozialimperialismustheorie" auf ihre Fahnen geschrieben hat und in deren Programm man die Forderung "Wahl, Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der Offiziere" durch das Volk findet, eine Losung, die demokratische Illusionen nur verstärkt anstatt sie überwindet, die, nimmt man sie wirklich ernst, gegen die Linie der Selbstorganisation der Soldaten gerichtet ist. Anläßlich der Plattformdiskussion des 'Querschläger's kritisierten wir vor allem die Illusionen der im 'Querschläger' arbeitenden Genossen, die Frage des Charakters der deformierten Arbeiterstaaten könne aus antimilitaristischer Arbeit einfach "herausgehalten" werden, um eine Zusammenarbeit mit dem KB trotz seines politischen Standpunktes möglich zu machen. Wir schrieben: "1. Die Teilnehmer müssen vom Charakter dieser Armee als der eines imperialistischen Staates ausgehen, die in keinem Falle eine fortschrittliche Funktion erfüllen kann, sondern stets die Interessen der Bourgeoisie (sowohl nach innen als auch nach außen) vertritt. Von dem ausgehend, steht bei jeder militärischen Handlung dieser Armee der 'Hauptfeind im eigenen Land'. Der 'Querschläger' muß also zu einem Organ werden, welches die jungen Arbeiter in Uniform zur totalen Feindschaft gegenüber diesem Heer erzieht.
2. Jede antimilitaristische Arbeit in einem imperialistischen Staat ist an die Stellung zur NATO und an die zu den "Arbeiterstaaten" gebunden. Das bedeutet ausdrücklich, nicht eine gemeinsame Einschätzung dieser "Arbeiterstaaten" haben zu müssen. Das bedeutet'nur', gemeinsam davon auszugehen, daß imperialistische Politik Aufrüstung gegen diese Staaten bedeutet und es die Pflicht der internationalen Arbeiterklasse ist, im Falle eines Krieges diese "Arbeiterstaaten" zu verteidigen. (...) Wir glauben, daß jeder Ansatz zu einer antimilitaristischen Arbeit an diesen Fragen nicht vorbeikommt, denn sie stellen immerhin das Zentrum dar." (Abgedruckt im 'Querschläger' Nr. 5)

Bezeichnenderweise waren die heute ausgetretenen Genossen nicht bereit, damals den Ball aufzufangen. Sie zogen sich auf den Standpunkt der "linken Familie" zurück, und überließen in der mehrwöchentlichen Plattformdiskussion - sie wurde schriftlich und mündlich geführt - kampflos dem KB das Feld. Damit brachten die Genossen eine Haltung zum Ausdruck, die in breiten Teilen der Linken weit verbreitet ist. Die Gleichgültigkeit der Genossen inhaltlichen Auseinandersetzungen gegenüber war auch der Grund, warum wir uns aus dem 'Querschläger' zurückzogen.
Der KB hatte dadurch "freie Fahrt", denn die inzwischen Ausgetretenen schielten mehr auf die Tatsache, daß er sein organisatorisches Gewicht in die Waagschale warf - er übernahm den Vertrieb der Zeitung in ganz Österreich - als auf seine politischen Positionen. So hoben auch alle im 'Querschläger' mitarbeitenden Genossen bei einer Konferenz im November 1977 bei der Abstimmung über die KB-Plattform brav die Hand. Als die Genossen nun endlich begriffen, daß mit Vertretern der '3-Welten-Theorie' wohl eine Zusammenarbeit in dieser Frage unmöglich ist und die Konsequenzen zogen, hatte der KB alle taktischen Trümpfe in der Hand, und konnte die Genossen nicht ganz zu Unrecht, eines putschistischen Vorgehens bezichtigen.

Das traurige Los dabei ist, daß die Genossen aus ihrer Erfahrung im 'Querschläger' offensichtlich nichts gelernt haben. Anstatt nun endlich die Notwendigkeit einer ausreichenden und klar formulierten Plattform einzusehen, traten sie die Flucht in die andere Richtung an. Der Anspruch Politik auf einer klaren Grundlage zu machen wurde überhaupt aufgegeben, die Vorstellungen über die weitere Arbeit pendeln zwischen "Zeitung herausgeben" und "Diskussionsprozesse initieren". Wie wenig der Austritt das Ergebnis eines politischen Klärungsprozesses war, beweist die Kritik der Ausgetretenen am KB. Im großen und ganzen geht die Kritik über die Ebene des "gesunden Menschenverstandes" - der bekanntlicherweise oft sehr "krank" ist - nicht hinaus. Angegriffen werden praktisch nur die Illusionen des KB bezüglich des Bewußtseins der Soldaten, die, wie bei anderen Fragen auch (siehe AKW-Bewegung), massenhaften Unmut und Empörung wittern, die es "nur noch" zu organisieren gilt. So richtig diese Kritik ist, so sehr zeigt sich daran die politische Hilflosigkeit der Genossen, die nicht fähig sind, darüber hinauszugehen.

DIE GRUPPE SOAK UND DER 'QUERSCHLÄGER'

In der Jänner-Nummer ihrer Zeitung meldet sich die SOAK - sie arbeitet kontinuierlich beim 'Querschläger' mit - zur Spaltung zu Wort. Ihre Haltung ist durch zwei Faktoren gekennzeichnet. Zum einen eine völlig unkritische Haltung zur Politik der Ausgetretenen. Kein Wunder, muß die SOAK in diesem Artikel nicht zuletzt ihre eigene Politik rechtfertigen. So übernimmt sie voll die Anschuldigungen, der KB hätte dem 'Querschläger' eine Plattform "oktroyiert", vermeidet es aber peinlichst die gelaufene Plattformdiskussion zu erwähnen, noch erfährt der Leser, daß die Ausgetretenen in ihrem politischen Unverstand kritiklos dieser "oktroyierten" Plattform zugestimmt haben. Zum zweiten versucht die SOAK die Kritik an der KB-Gruppe weiterzutreiben. Aber auch hier kann man ihr den Vorwurf nicht ersparen, falsche Informationen zu verbreiten. Man bekommt den Eindruck, der KB hätte den 'Querschläger' offen auf "Sozialimperialismuskurs" getrimmt. Dieser Eindruck wird noch dazu mit einem Zitat verstärkt. Das entspricht nicht der Realität. Die KB-Genossen gingen ebenso wie die Ausgetretenen davon aus, die Frage des Charakters der deformierten Arbeiterstaaten aus der "Querschlägerarbeit" heraushalten zu können. So findet sich in der beschlossenen Plattform kein Wort von Sozialimperi-

alisten. Woher der Verfasser nun sein Zitat nimmt, ist uns schleierhaft. Im Gegenteil, im Anhang zur Plattform werden drei verschiedene Auffassungen (KB-Linie, KPÖ-Linie, eine in Richtung Trotzkismus) fein säuberlich getrennt dargestellt, dazu heißt es: "Die Gruppe Querschläger hält ausdrücklich fest, daß bis dahin (nächste Konferenz, Anm.d.Verf.) auf der Basis der gemeinsamen Plattform jegliche Einschätzung der Weltlage und des Charakters der Sowjetunion uneingeschränkt vertreten werden kann." ('Querschläger', Nr. 6, Seite 12) Die Kritik am KB geht damit gründlich in die Hose. Die Schwäche des Artikels widerspiegelt in Wirklichkeit die politische Schwäche der SOAK in der'Querschläger'-arbeit,und es ist wohl kaum eine Übertreibung, wenn man feststellt, daß sie dazu herzlich wenig zu sagen hat.

KBÖ: VATERLANDSVERTEIDIGUNG DURCH DIE HINTERTÜRE

Wenn sich heute der KB mit gewisser Berechtigung in die Tradition des 'Querschlägers' stellen kann und es nur eine Frage der Zeit ist, bis dieser offen zur 'Massenorganisation" des KB umgemodelt wird, so liegt dies im Versagen der Ausgetretenen, in seinem personellen und materiellen Gewicht, sicher aber nicht in seiner politischen Stärke. Anders als vielleicht noch vor zwei, drei Jahren, ist der KB offen ins Lager der Vaterlandsverteidiger übergelaufen. Freilich dürften die KB-Häuptlinge ahnen, daß die Basis den reaktionären Schwenk nicht ganz übernommen hat. Gegen die Sozialimperialisten zu wettern ist eine Sache, Schulter an Schulter mit der Bourgeoisie diese Staaten militärisch anzugreifen aber eine andere. Es ist daher auch bezeichnend, daß er - entgegen den falschen Informationen im SOAK-Artikel - diese Frage aus der Plattform des Querschlägers ausgeklammert hat. Der KB ist also um eine Auseinandersetzung herumgekommen, daher sind die entsprechenden Stellungnahmen von KB-Genossen entsprechend doppeldeutig formuliert. Doch kündigt sich diese Linie bereits in der Plattform an. "Die österreichischen Imperialisten betreiben die Aufrüstung nicht um die Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs zu verteidigen, wie uns heute die Herrschenden weismachen wollen. Sie verfolgen dabei ihre imperialistischen Interessen auf militärischem Gebiet." ('Querschläger', Nr. 6, S.10)

Und der Artikel "Manöver im Attergau" in derselben Nummer des 'Querschlägers' weist in die gleiche Richtung. Darin wird auch gleich beantwortet, wo der Feind steht: "Mit der Verteidigung Österreichs hat dies (die Manöver im Attergau, Anm.d.Verf.) nichts zu tun - wie sollte wohl auf der Koralpe der Seewinkel am Neusiedlersee verteidigt werden?" Nun ist die Katze aus dem Sack, Österreichs blühender Seewinkel soll vom Zugriff des "Sozialimperialismus" geschützt werden, die feige Bourgeoisie zieht sich in den "Zentralraum" zurück, während die "Masse der Landjäger 'verheizt' werden soll. Die Regierung will sich inzwischen mit der Bereitschaftstruppe, den 30.000 Berufssoldaten, einrichten und auf die NATO warten." Dieser "durch und durch reaktionäre Plan" soll allerdings vom 'Querschläger' und natürlich vom KB vereitelt werden, schließlich ist die Verteidigung Österreichs eine zu heikle Sache, um sie der konterrevolutionären Bourgeoisie anzuvertrauen. Mit dieser Linie sind alle kommunistischen Argumente auf den Kopf gestellt. Während Marxisten die Bourgeoisie stürzen müssen, weil sie die militärische Auseinandersetzung vorbereitet, die Massen in einen bestialischen Krieg hetzen will (der sicher heute nicht unmittelbar auf der Tagesordnung steht) und offen die vollständige Wiedereingliederung der deformierten Arbeiterstaaten in das imperialistische Wertsystem propagiert, greift der KB die Bourgeoisie an, weil sie zu wenig entschlossen diese Politik vorantreibt, zu zögernd die Zerschlagung dieser "Arbeiterstaaten" propagiert.

Für uns konnte und kann das alles nur bedeuten, daß eine Zusammenarbeit mit dem KB in dieser Frage praktisch unmöglich ist, es sei denn, er ist bereit seine politische Linie völlig fallen zu lassen. Die völlige, kompromißlose Zurückweisung der Vaterlandsverteidigung, wohl der reaktionärste Ausdruck reformistischer Politik überhaupt, muß Grundlage jeder antimilitaristischen Arbeit sein.

Das Elend des stumpfen Vor-sich-hin-politisierens der abgespaltenen FÖJ-SOAK Gruppe im 'Querschläger' zeigte sich nirgends deutlicher als in diesem Punkt. Anstatt den Finger in diese Wunde des KB zu legen, labern sie lieber über die "Massenarbeit", die der 'böse' KB machen will, als hätten Kommunisten in der Auseinandersetzung mit den Maoisten keine anderen Ansatzpunkte.



Arbeitserklärung des Komitees für die Freilassung von Rudolf Bahro

Liebe Freunde!

Seit über sechs Monaten ist Rudolf Bahro inhaftiert. Weder ist die Untersuchungshaftanstalt bekannt, noch wissen wir etwas über seinen Gesundheitszustand. Bisher gibt es keine Kontaktmöglichkeit. Verhaftet wurde Rudolf Bahro unter der absurden Anschuldigung, Agent westlicher Geheimdienste zu sein. Der wahre Grund seiner Haft ist die kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Wirklichkeit in seinem Buch „Die Alternative".

Rudolf Bahro hat seine politischen Ansichten öffentlich vertreten und somit lediglich ein demokratisches Recht in Anspruch genommen. Seine Verhaftung ist für uns eine Herausforderung. Wir werden dazu nicht schweigen – wir werden nicht untätig zusehen. Am 16. 2. 1978 haben wir daher das „Komitee für die Freilassung von Rudolf Bahro" gegründet.

Rudolf Bahro ist ein Kommunist, der für einen freiheitlichen Sozialismus eintritt; einen Sozialismus, der eine umfassende politische Demokratie und die freie Selbstverwirklichung eines jeden in den Mittelpunkt stellt. Wir teilen dieses Grundverständnis und treten für eine breite internationale Diskussion der Thesen Bahros ein.

Die politische und moralische Unterstützung, die Rudolf Bahro jetzt dringend benötigt, halten wir für die Aufgabe all jener, die grundsätzlich für die Wahrung der politischen Grundfreiheiten eintreten. Gerade deshalb darf seine Verteidigung nicht denjenigen Kräften überlassen bleiben, die sich hierzulande durch Berufsverbote und den Abbau demokratischer Rechte hervortun und für die Rudolf Bahro nicht mehr ist als ein willkommenes Zugpferd für eine politisch-ideologische Propagandaschlacht gegen die DDR.

Unser Ziel ist es, eine politische Bewegung gegen die Inhaftierung Rudolf Bahros zu fördern. Dabei betrachten wir uns nicht als Konkurrenz zum bestehenden „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus", das sich (was wir auch für sinnvoll halten) auf eine humanitäre und informative Aufgabenstellung beschränkt. Im Fall Rudolf Bahro kann aber nur politischer Druck auf die DDR, die Entfaltung einer internationalen Kampagne zu seiner Freilassung Erfolgsmöglichkeiten eröffnen. In der Entwicklung dieser Aktivitäten, ihrer Koordination und Vertiefung sehen wir unsere Aufgabe.

Das heißt konkret: intensive Öffentlichkeitsarbeit zu leisten wie etwa Sammlung von Unterschriften, Organisierung von Veranstaltungen und kontinuierliche Informierung der Öffentlichkeit durch Presse und Flugblätter. Wir werden Kontakte zur Gründung von Lesekreisen vermitteln, um eine vertiefte Auseinandersetzung mit Bahros Thesen zu ermöglichen. Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Organisierung eines internationalen Kongresses. Nur eine breite Diskussion über „Die Alternative" wird der theoretischen und politischen Bedeutung Rudolf Bahros gerecht.

Zu all dieser Arbeit brauchen wir Eure Hilfe. Wir bitten Euch deshalb, das Komitee als „korrespondierendes Mitglied" zu unterstützen. Jeder, der bestrebt ist, im Sinne dieses Briefes aktiv an der Förderung der Solidarität mit Rudolf Bahro mitzuarbeiten, möge sich an uns wenden. Ihr würdet von uns vorhandene Materialien zugesandt bekommen und wir würden mit Euch entsprechende Aktivitäten diskutieren und koordinieren.
Wir hoffen auf eine breite Unterstützung.

Berlin, den 23.2.1978

Mit freundlichen Grüßen

Komitee für die Freilassung von Rudolf Bahro

Für die Überweisung einer ersten Spende wären wir dankbar.

Postscheckkonto:
Berlin (West) 251 73-103
Hajo Cornel
Sonderkonto

Adresse:
Komitee für die Freilassung von
Rudolf Bahro
Hajo Cornel
Postfach 3005
1000 Berlin 30

Frankreich nach den Wahlen

Den folgenden Artikel übernehmen wir vom Spartacusbund und er stellt damit den 3. Teil einer Artikel-Serie zu den französischen Wahlen dar. Wir stimmen weitestgehend mit unseren deutschen Genossen in der Bewertung der gesellschaftlichen Situation in Frankreich überein, haben allerdings den letzten Teil des Artikels, der ausschließlich die Wahltaktik, die Regierungslosung, sowie die politische Bewertung der Kanditatur der Organisationen der extremen Linken betrifft, nicht übernommen, da wir damit politisch nicht übereinstimmen.

Die Probleme, die damit verbunden sind, liegen vor allem bei der Frage der Volksfront und der Verwendung der Forderung nach einer Arbeiterregierung, sowie - daraus folgend - der möglichen taktischen Schritte gegenüber der 'Union de la Gauche'. All diese Fragen werden im Mittelpunkt der Fusionsdiskussion zwischen unserer Organisation und dem Spartacusbund stehen und es werden auch dementsprechende Dokumente, Artikel und Thesen im gemeinsamen Theoretischen Organ erscheinen. Hier und heute wollen wir nur versuchen, kurz die Probleme aufzuzeigen, um die es unserer Ansicht nach geht, wobei wir es als gegeben ansehen, daß die Bestimmung, bzw. Bewertung aller taktischen Schritte von Organisationen in Frankreich, von hierzulande aus (d.h. ohne über eine Organisation in Frankreich zu verfügen) schwierig ist. Gerade in solchen Fällen zeigt sich deutlich die Notwendigkeit des Aufbaues einer revolutionären internationalen Tendenz, die Sektionen in den wichtigsten imperialistischen Ländern haben muß.

WÄRE EINE SP/KP- REGIERUNG EIN FORTSCHRITT?

Wir gehen davon aus, daß die 'Union de la Gauche' ein Volksfrontbündnis ist, wenngleich die Situation von 1936 (d.h. die Situation, in der damals in Frankreich die Volksfront die Regierung übernahm), nicht fugenlos auf die heutige zu übertragen ist. Dieses Bündnis, welches durch die Hereinnahme offen bürgerlicher Kräfte charakterisiert ist, stellte eineAntwort der Reformisten auf die Krise der französischen Gesellschaft dar und wies einen Ausweg für die 'gesamte Nation'. Die Hereinnahme offen bürgerlicher Kräfte (beide reformistische Parteien strebten darüberhinaus eine Erweiterung des Bündnisses nach rechts an), zeigte dem Kleinbürgertum und der Bourgeoisie von Anfang an, daß die Reformisten keineswegs allein auf ihre traditionelle Basis gestützt,der Nation den 'Ausweg' zeigen wollen, sondern, daß sie keinen Schritt über die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse hinausgehen werden. Die Bedeutung solch kleiner - für sich alleine genommen, völlig bedeutungsloser - bürgerlicher Gruppen, liegt eben in der 'Signalwirkung'. Es geht - so die Reformisten - nicht um den 'Sozialismus', sondern um 'Reformen' (daß sie weder das eine, noch das andere durchführen, bzw. anstreben werden, ist uns klar). Und die Bedeutung der bürgerlichen Partner in der Volksfront liegt auch darin, der reformistischen Arbeiterbasis klar zu machen, daß die Ziele der 'demokratischen Etappe' nicht überschritten werden dürfen.

Alleine, der 'demokratische Weg' muß auch seinen Ausdruck auf der Bündnisebene finden. Wenn es nicht 'nur' um die Arbeiterklasse geht (deren Unterstützung sind sich die Reformisten ohnehin sicher), sondern vor allem darum, die Mehrheit bei Wahlen zu gewinnen (was bedeutet,Stimmen aus dem Kleinbürgertum zu bekommen), muß der 'Ausweg' für die 'gesamte Nation' in der Gewinnung bürgerlicher Parteien oder/und Personen zum Ausdruck kommen. Für den Marxismus liegt die Gewinnung kleinbürgerlicher Schichten alleine im selbständigen Kampf der Arbeiter begründet, der diesen Schichten den Ausweg zeigt und sie nach links drängt. Der Reformismus hat natürlich auch hier mit der marxistischen Methode gebrochen. Für ihn stellt sich dieses Problem in einer programmatischen und praktischen Anpassung an bürgerliche Gruppen und Personen. Trotzki charakterisierte dieses Problem sehr treffend, wenn er sagt, daß in den Momenten, in denen das Kleinbürgertum nach links geht, die reformistischen Führer nach rechts gehen. Diese Politik leitet stets eine Rechtsentwicklung ein, da das Kleinbürgertum (dem gerade in Frankreich auch heute noch, keine geringe Bedeutung zukommt), keine gesellschaftliche Alternative in der Arbeiterklasse sieht.

In den Artikeln des Sparatcusbundes wird richtig festgestellt, daß heute in Frankreich nicht die Situation herrscht, in der die Bourgeoisie gezwungen ist, der Volksfront die Regierungsverantwortung zu übergeben, gewissermaßen als eine der letzten Karten, die die herrschende Klasse ausspielen kann. Dennoch hat die 'Union de la Gauche' der Bourgeoisie in den letzten Jahren ungemein genützt. Die Arbeiterklasse wurde von ihr alleine auf die Wahltermine konzentriert, jede selbständige Aktion der Arbeiter wurde von der 'Union de la Gauche' (wo sie dazu in der Lage war) im Interesse der 'Nicht-Verschreckung' des Kleinbürgertums eingedämmt und behindert. Streiks und Demonstrationen wurden gezähmt und dienten eigentlich nur dazu, die 'Macht' der Reformisten zu zeigen. Der Kampf gegen die imperialistische Sparpolitik auf allen Ebenen, national koordiniert und geleitet, wurde im Interesse des 'Wahlsieges' unterbunden. Die Auswirkungen einer solchen Politik liegen in einer gewissen Demoralisierung der Arbeiter, die nicht mehr auf ihre eigene Kraft vertrauen, sondern gebannt auf den nächsten Wahltermin starren. Hier liegt der große Vorteil einer 'Union de la Gauche' für die französische Bourgeoisie. In der Rolle der 'Opposition' nützten Mitterand, Marchais und Co. ihr in den letzten Jahren mehr, als an der Regierung.

Die Fragen, bzw. die unterschiedlichen Auffassungen, beginnen nun bei der Stimmabgabe im zweiten Wahlgang (zum französischen Wahlsystem siehe die letzte Ausgabe der 'permanenten revolution'). Wir können in diesem Rahmen nicht ausführlich auf die gesamte Problematik der marxistischen Wahltaktik eingehen, doch gehen wir davon aus, daß Revolutionäre nicht in jeder gesellschaftlichen Situation zur kritischen Stimmabgabe für die Reformisten aufrufen müssen. Eine solcher Aufruf, muß in jedem Falle mit der Möglichkeit des taktischen Zuganges zur Arbeiterbasis der betreffenden reformistischen Parteien verbunden sein. Anders ausgedrückt: Die Arbeiter müssen aktiv für die Regierungsübernahme 'ihrer' Parteien eintreten.

Mit allen Einschränkungen - wir haben schon gesagt, daß es der Volksfront gelungen ist, die Klassenkämpfe zu kanalisieren - gehen wir aber trotzdem davon aus, daß die französische Arbeiterklasse in einem weit höheren Maße aktiv für eine Regierung 'ihrer' Parteien eintrat, als dies etwa in den letzten Jahren in Österreich und der BRD der Fall war. Die Arbeiter erwarteten aber von einer Regierung der 'Union de la Gauche' nicht die 'Einführung' des Sozialismus, sondern Reformen - Ausbau der Sozialleistungen, Mindestlohn etc.

Die Losung der 'Arbeiterregierung' (bezogen auf SPund KP in Frankreich) konnte deshalb nicht das Zentrum der revolutionären Agitation sein, weil diese Losung für uns verbunden ist mit der Bewaffnung der Arbeiterklasse, der Entwaffnung der Bourgeoisie, verbunden ist mit der Doppelherrschaft und der unmittelbar bevorstehenden Machtübernahme. Heute in Frankreich die beiden reformistischen Parteien einfach aufzufordern,'mit den bürgerlichen Kräften' zu brechen und eine 'Arbeiterregierung' zu bilden, hieße diese Losung zu diskreditieren, weil dies die Illusionen der Arbeiter fördern würde, nach denen SP und KP dazu imstande wären (wenn nicht heute, so doch einmal...).

Natürlich - und das muß ein anzulegender Maßstab für jede kandidierende Gruppe der extremen Linken sein - bei diesen Wahlen galt es auf einer breitest möglichen Ebene die revolutionäre Alternative zu propagieren, in deren Zentrum die Forderung der Arbeiterregierung stehen muß. Aber dies mußte gegen die 'Union de la Gauche' gerichtet sein und nicht als Aufforderung an die Reformisten formuliert werden, das revolutionäre Programm zu verwirklichen.

Diese eine Ebene der Wahltaktik der Revolutionäre mußte mit einem konkreten Eingehen auf die Illusionen der Arbeiter verbunden werden. Die revolutionäre Agitation mußte den Arbeitern verdeutlichen, daß selbst jene Reformen, die sie sich von der 'Union de la Gauche' erwarten, nur im selbständigen Kampf der Arbeiter selbst zu erringen sein werden und daß die Regierung der Reformisten die Aufgabe und Funktion hätte, genau diesen Kampf zu verhindern. Deutlicher: Illusionen können nur auf der Ebene bekämpft werden, auf der sie sich bewegen. Den französischen Arbeitern allein zu sagen: 'Eure Führer haben das sozialistische Ziel verraten', wird vielleicht einige wenige bewußte Arbeiter überzeugen (wenn es inhaltlich gut ausgewiesen ist) und muß auch immer klar und deutlich ausgesprochen werden.Aber die Wahltaktik kann sich nicht darauf beschränken. Die Möglichkeit des 'Stück Weges gemeinsam' mit den reformistisch hegemonisierten Arbeitern, ergibt sich erst dann (wir sprechen von der heutigen Situation in Frankreich), wenn an ihre unmittelbaren Hoffnungen und Erwartungen angeknüpft wird.

Ausalledem ergibt sich für uns, daß revolutionäre Politik in Frankreich im 2. Wahlgang in einer Stimmabgabe für PS/KP bestehen hätte müssen (keine Stimme den 'Linken Radikalen' und den 'Linksgaullisten') wenngleich wir an den Gruppierungen, die einen solchen Aufruf machten, einiges zu kritisieren haben.

Neben einer breiten Propagierung der Übergangslosungen (gegen Inflation und Arbeitslosigkeit, Arbeiterkontrolle über die Produktion, Arbeiterregierung), hätte dies auch bedeuten müssen, SP und KP aufzufordern, mit den bürgerlichen Kräften in der 'Union de la Gauche' zu brechen und die von ihnen angekündigten Reformen zu verwirklichen. Auf der Ebene der Arbeiterbasis mußte sich dies in der Aufforderung an die Arbeiter ausdrücken, Komitees zu bilden, die den selbständigen Kampf aufnehmen, denn auch die geringste Reform kann nur im Kampf errungen werden. Seltsame 'Revolutionäre', die den Kampf der Arbeiter um Reformen nicht unterstützen würden. Gerade eine solche Politik könnte entscheidend dazu beitragen, daß schließlich die Übergangsforderungen zum Zentrum des Kampfes der Arbeiter werden.

Die französische Arbeiterklasse erwartete von den beiden reformistischen Parteien ohne Zweifel eine Verbesserung ihrer sozialen und politischen Existenz. Sie war bereit aktiv dafür einzutreten, auch wenn es fatal wäre zu übersehen, daß sie sich in

den letzten Jahren oft und oft die Fesseln der reformistischen Führungen anlegen lies. Dieser Situation konnte unserer Ansicht nach nur die oben kurz angeführte Wahltaktik entsprechen!

AusZeitgründen konnte in diesem Artikel keine Kritik der beiden kandidierenden Gruppierungen, die sich auf den Trotzkismus berufen, aufgenommen werden. Da sich eine solche Kritik für uns nicht an den Wahltermin binden läßt, werden wir in der nächsten Ausgabe der 'permanenten revolution' darauf zu sprechen kommen.

DIE REDAKTION

(...)

J. P. Chevènement, führendes Mitglied des CERES, linker Flügel der PS, beschreibt, auf welcher realen Klassenkampfbasis die Linksunion steht: "Zunächst muß man sagen, daß sich das Linksbündnis nicht von unten her entwickelt hat, sondern zu sehr ein Abkommen auf höherer Ebene geblieben ist... Weil jede gemeinsame Aktion ein Risiko des Überrolltwerdens schafft, ist der natürliche Reflex der Organisationen, sie so weit wie möglich auf die Wahlperioden zu beschränken, oder sie in leicht kontrollierbaren Formen zu halten (Meetings, Pressekonferenzen auf Departementebene etc.)." (J. P. Chevènement: "Ende der Spaltung?" Hamburg 1978)

Wenn sich aber trotz "gefährlicher Demoralisierung" beim Sieg der Rechten eine politische Krise abzeichnen soll ('was tun', Nr. 201) aus dem Grund, weil die Bevölkerung ja zum großen Teil "links" gewählt hat, so muß man sich fragen, ob dies nicht schon bei den Präsidentschaftswahlen 1974 oder bei den Kommunalwahlen 1977 feststand. Oder ist mit "politischer Krise" ein bloßer Wechsel der Regierungschefs, wie von Chirac auf Barre August 1976, gemeint?

Seit unserem ersten Artikel haben wir uns von einer Mai-Euphorie zu lösen versucht. Aufgrund der vorhergehenden ökonomischen Entwicklung und den Arbeitskämpfen sind wir zu dem Schluß gekommen, daß eine Phase von Mittelinksregierungen bevorsteht. Negativ haben wir es folgendermaßen ausgedrückt: "Die Entwicklung in Frankreich drängt der Bourgeoisie nicht die Notwendigkeit auf, die reformistischen Parteien gänzlich in die Regierungsverantwortung zu nehmen." (Spartacus Nr. 43, März 1978)

DIE PARLAMENTSWAHLEN, DAS WAHLSYSTEM UND DER STAATSPRÄSIDENT

50,7 : 49,3%, so lautet das Wahlergebnis des zweiten Wahlganges vom 19. März. Es zeigt für die bisherige rechte Regierungsmehrheit eine knappe Mehrheit in der Wählerschaft und eine größere Mehrheit in der Nationalversammlung an (291 : 200 Sitzen oder 59,2 : 40,8%). Die Tradition rechter Regierungen bleibt damit seit 1958 gewahrt. Die oft ins Feld geführte hohe Wahlbeteiligung (84,6%) im zweiten Wahlgang, bedingt insbesondere durch größere Mobilisierung konservativer Schichten für die rechten Parteien, soll einen Grund abgeben für das von vielen nicht erwartete prozentmäßig schlechte Abschneiden der Parteien der Linksunion. Aber die Präsidentschaftswahlen von 1974, die zwischen Giscard und Mitterand ein ähnliches Stimmenverhältnis ergaben wie heute zwischen Rechten und Linken, verzeichneten eine Wahlbeteiligung von 87,3%. Was also als besonders und ausnahmehaft ausgegeben wird, ist letztlich nichts Neues. Nicht neu ist auch das Mehrheitswahlrecht, das ländliche Wahlkreise mit 20.000 Einwohnern städtischen mit über 100.000 gleichstellt, wenn es um die Wahl eines Parlamentsvertreters geht. Selbst bei einer knappen Mehrheit der Linken wäre ein Sieg der Rechten also denkbar. Gewonnen bei der Wahl hat also letztendlich das Mehrheitswahlrecht bzw. die Verfassung der V. Republik, einst ausgearbeitet unter de Gaulle von Michel Debré als Verarschung und Zersetzung der französischen Arbeiter.

Um auf lange Sicht für den ökonomischen Aufschwung politische Stabilität zu sichern, gab sich de Gaulle als Staatspräsidenten besondere Rechte. Seiner gaullistischen Bewegung sicherte er im Parlament durch das Mehrheitswahlrecht die absolute Mehrheit (siehe Wahlen 1967 und Juni 1968). Am 21. 2. 66 meinte de Gaulle auf einer Pressekonferenz noch: Die französische Politik werde zunächst vom Staatschef, "der hierfür vom Volk das Mandat erhalten hat", mit Unterstützung der von ihm gebildeten Regierung betrieben, aber auch vom Parlament, "das eine Mehrheit aufweisen muß, die derjenigen gleicht, die sich in der Nation auf den Appell des Präsidenten und um ihn herum herausgebildet hat." (Politische Vierteljahreszeitschrift, 9. Jahrg. 1968, Köln/Opladen S. 305) Zunehmende Zerrüttung des klassischen Kleinbürgertums, Rebellieren der Bauern seit 1967 und radikalere Arbeitskämpfe zum Ende des raschen Wirtschaftsaufschwungs der 60er Jahre, im Mai 68 gipfelnd, schwächten die breite gaullistische Bewegung. Für den Staatspräsidenten bedeutete dies: seine typische Basis schmälert sich und die Nation hört nicht mehr auf seine Appelle (siehe auch Referendum April 1969). Die verschiedenen Volksschichten fordern Veränderungen und versuchen diese erst einmal über ihre Verbände und Parteien im Parlament durchzusetzen. Die Forderung nach Umänderung des Mehrheitswahlrechtes in ein Verhältniswahlrecht bringt diese Orientierung zum Ausdruck, um aber gleichzeitig Illusionen in ein gerechteres Wahlsystem zu schüren. Gleich nach dem Mai 68 war diese Forderung im Gespräch, und zwar im Zusammenhang mit den Forderungen nach Neuwahlen und nach Rücktritt de Gaulles. Allerdings wurden im Juni 1968 nur Neuwahlen durchgeführt, während die Autorität de Gaulles, des allgemeinen von der Verfassung der V. Republik vorgesehenen Staatspräsidenten über das real "gerechtfertigte" Maß hinaus hochgespielt und für unantastbar erklärt wurde.

Die starke Mobilisierung konservativer Schichten war sicherlich ein Punkt, durch den auch zu den diesjährigen Parlamentswahlen die gesamte Rechte angeregt wurde, wie in einem Chor Giscard hochzujubeln. Und dies geschieht vor dem Hintergrund, daß die Linie: breite, konservative Volksmehrheit - Staatspräsident - Exekutivorgane durchbrochen ist, daß der Staatsapparat ausgebaut und der Repressionsapparat aufgerüstet wird, daß die Augen kleinbürgerlicher und proletarischer Schichten noch auf das Parlament gerichtet sind und daß damit der bürgerliche Staat gezwungen ist, für die notwendige Anwendung von Repressionsmaßnahmen die Legitimation durch eine vom Volk klar gewählte klare Mehrheit im Parlament zu bekommen.

So meinte Lecanuet, Chef des 'Demokratischen Zentrums' und jetziger Chef der Regierungspartei, Giscards UDF, schon vor dem zweiten Wahlgang: "Wenn die (bisherige rechte) Mehrheit die Wahlen gewinnt, wird es einen Sieger geben. Das wird der Staatspräsident sein."('le monde' 17.3.78) Am 21.3.78 hieß es in 'le monde': "Es gibt nur einen Sieger: Giscard."

Wie kommt es, daß bürgerliche Politiker ihren politischen Halt über die Autorität des Staatspräsidenten zu sichern versuchen? Welche Kräfte sollen damit gegen die Linken ins Feld geführt werden?

DIE ERGEBNISSE DER PARLAMENTSWAHLEN

Nach den vier Hauptströmungen untergliedert, gaullistische RPR, Parteien der rechten Mitte in der UDF, linksliberale MRG und PS sowie KPF, heißt das Wahlergebnis des zweiten Wahlganges:
26,1 : 24,4 : 30,7 : 18,6%.

Die Gaullisten, die Juni 1968 eine absolute Abgeordnetenmehrheit aufweisen konnten, blieben trotz Chiracs Führung seit 1974/75 bei ihrem schon 1973 sichtbaren Abwärtstrend und konnten jetzt noch gerade eine knappe Mehrheit an Sitzen unter den Rechtsparteien erreichen. Die Gaullisten stellen aber unter den Rechtsparteien, ähnlich wie die KPF gegenüber der PS, eine regelrechte Massenbewegung dar. Sie können über eine Massenpartei auf einen stabilen Einfluß in der französischen Bevölkerung zurückgreifen.

Neben Anhängern des Demokratischen Zentrums von Lecanuet sind es auch Linksgaullisten wie allgemein Schichten aus traditionell rechten Regionen, Bretagne, katholische Gegenden wie Elsaß, Lothringen, die zur PS strömen. Im Linksgaullismus sieht wahrscheinlich auch die KPF den Zugang zum Kleinbürgertum, sonst hätte sie in einem Wahlkreis ihren Kanditaten nicht zugunsten eines linksgaullistischen Kandidaten, anstatt zugunsten des schließlich siegreichen PS-Kanditaten zurückgezogen. Im Gegensatz zur PS ist der KPF in Richtung Linksgaullismus aber kein Glück beschieden worden.

Gestärkt aus den Wahlen gingen die Parteien der rechten Mitte hervor, insbesondere Giscards Republikaner, die sicherlich von den 'Angstwählern', die zum zweiten Wahlgang aus den konservativen Schichten zusätzlich mobilisiert werden konnten, profitiert haben.

Die PS und KPF gingen gleichermaßen schwächer aus den Wahlen hervor, als viele Journalisten es aufgrund der Kommunalwahlen im März 1977 erwartet hatten. Gegenüber den Parlamentswahlen 1973 konnten sie ihren Anteil an den Sitzen allerdings ausbauen, wobei sie zusammen genommen prozentmäßig und durch die Neuwähler aufgrund der Senkung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre auch stimmenmäßig gewonnen haben. Nur hat es Verschiebungen im Vergleich zu 1973 zwischen PS und KPF gegeben, wie es sich bei den Wahlen 1977 schon abzeichnete. Es läßt sich allgemein eine Enttäuschung bzw. eine gewisse Loslösung der Arbeiterschaft von den reformistischen Parteien feststellen, ganz im Gegensatz zu dem Sog, den Giscard zum zweiten Wahlgang befürchtet und den viele Linke aus unerklärlichen Gründen vermutet und erhofft haben. Dies äußert sich darin, daß PS und KPF gleichermaßen in einigen ihrer Hochburgen Stimmen verloren haben, die KPF zum Beispiel auch Stimmen des neuen Kleinbürgertums in Pariser Vororten. Gerade in der Industrieregion um Paris verlor die KPF, wohingegen der Wählereinfluß der PS zunahm. Wo die PS dagegen in ihren Hochburgen verlor, gewannen die Parteien der rechten Mitte wie auch linkere Gruppierungen und zB. Ökologisten. Ausbauen oder stabilisieren konnte die KPF ihren Einfluß in Nordfrankreich und in Teilen des Südens. Letztlich aber hat die KPF eine erneute Wahlniederlage seit dem zweiten Weltkrieg hinnehmen müssen. Die erste erlitt sie durch ihre strenge parlamentarische Orientierung und Entschärfung oder Entpolitisierung der außerparlamentarischen Arbeiteraktionen 1958 im Anschluß an die IV. Republik, die sich gerade durch die vielen Regierungswechsel und die allgemeine Diskreditierung des Parlaments auszeichnete. Viele Arbeiter gaben damals sogar de Gaulle statt der KPF ihre Stimme. Die zweite Wahlniederlage Juni 1968 im Anschluß an die Mairebellion brachte nur mehr die Unfähigkeit der KPF, in revolutionäre Prozesse einzugreifen und damit die demobilisierende Wirkung ihrer Politik zu Ausdruck. Ob 1958, 1968 oder 1978 - jedesmal waren es

ihre Hochburgen in der Industrieregion um Paris, wo die KPF Einbußen hinnehmen mußte. Mit der ständigen Orientierung auf eine Volksregierung in Form einer parlamentarischen Mehrheit, mit der Vision des "demokratischen Frühlings", neben markigen Sprüchen von Marchais, wie: "Die Arbeiter brauchen eine kommunistische Partei" wird die Politik der KPF zu einem einzigen Manövrieren, um sich gegenüber der PS zu profilieren. Auch aufgrund der Ähnlichkeit der Forderungen beider Parteien wird die KPF sicherlich nicht bei dieser Wahl den letzten Rückschlag erlitten haben.

GISCARD UND GAULLISMUS

Die Wahlen zur Nationalversammlung haben letztlich keinen 'Erdrutsch' hervorgerufen. Denjenigen linken Journalisten, die ihn im Zusammenhang mit der Konstituierung einer Regierung der Linksunion erhofft haben, in dem sie mangels selbständiger politischer Haltung und Analyse ihr politisches Heil bei anderen Autoritäten und Kräften, nämlich bei denen der Linksunion und des Eurokommunismus, gesucht haben, bleibt die entscheidende Desillusionierung vorenthalten. Es gab und gibt aber keine Anhaltspunkte im Kräfteverhältnis für irgendwelche radikalen Brüche. Die Wahlen selbst sind ein weiterer Beweis dafür. Genauso ist die Politik Giscards darauf ausgerichtet, in aller Ruhe Veränderungen in Richtung auf eine "Regierung der breiten Mitte" vorzubereiten, damit durch vorschnelle Entscheidungen keine unnötigen institutionellen Krisen oder Brüche provoziert werden und damit die Autorität des Staatspräsidenten nicht diskreditiert wird.

Dies entspricht auch der These, daß der Staatspräsident gegenüber dem Parlament aktuell an Bedeutung verliert. Daher warnte Giscard auch die Franzosen in der Rede während seiner einzigen Massenkundgebung vor den Wahlen: "Glauben Sie nicht, daß die Verfassung dem Präsidenten die Möglichkeit gibt, sich dem (einer Regierung der Linksunion, Anm. d. permanenten revolution) zu widersetzen." (Süddeutsche Zeitung, 30.1.78) Nun aber, nach den Wahlen, ist die republikanische Institution gesichert, wie der zum dritten Mal nominierte Regierungschef Barre meinte.

Das vorsichtige Vorgehen Giscards wird besonders bei den Konsultationen mit praktisch allen wichtigen Parteichefs deutlich. Nur all zu oft wird betont, daß der Fortbestand der alten Regierung mit dem Gelingen der Öffnung nach links zusammenhängt. Doch um dies möglich zu machen, müssen noch verschiedene Bedingungen hergestellt werden. Z.B. die dem Mehrheitswahlrecht geschuldete Blockbildung vor den Wahlen, die auf seiten der Rechten den Zwang zu einem gemeinsamen Monopol gegenüber den Linken vor den Wunsch nach rigoroseren Brüchen oder generellen Umstrukturierungen stellt, hat sich jetzt schon als hinderlich für die weitere Entwicklung herausgestellt. Gerade die Gaullisten erhalten durch das Mehrheitswahlrecht so viele Sitze, daß sie z.Z. auf die rechte Mitte erheblichen Druck ausüben können. Die Weigerung der Linksparteien, an der neuen Regierung außer als in Ausschüssen mitzuarbeiten, hat Chirac angestachelt, in der rechten Regierungsmehrheit das Gewicht der Gaullisten noch stärker zu betonen und auf Konfrontationskurs gegen die rechte Mitte zu gehen. Chirac bedenkt dabei aber nicht, daß die neue Regierung unter Barre, die nichts weiter als eine Umbildung des bisherigen Kabinetts darstellt, sicherlich mit der verdeckten Unterstützung durch die PS und die MRG rechnen kann und damit die Basis für einen Sog zur Mitte herstellt, der auch bei den Gaullisten Brüche und Abspaltungen hervorrufen kann.

Von daher spielt Chiracs RPR einen Negativfaktor im jetzigen Kräfteverhältnis. Im Zuge der Schwächung des Gaullismus hat sich Giscard Schritt für Schritt von Chirac abgesetzt: u.a. Chiracs Absetzung als Regierungschef Ende 1976, Wahl von Chaban-Delmas als Parlamentspräsidenten und verschiedene Änderungen bei den Ministerposten. Allein damit erregt Giscard schon die gaullistischen Gemüter, erscheint aber nach links als Bündnispartner im Kampf gegen die antikommunistische und antireformerische Mehrheit der Gaullisten. Wenn Chirac auch immer noch in Opposition zu Giscards UDF steht und von "Keine Demokratie ohne Sicherheit" und "Keine Zugeständnisse an die Kommunisten" redet, wird er dennoch eine Zeit lang - etwa bis zu Neuwahlen mit verändertem Wahlrecht - die Zusammenarbeit mit Giscard nicht aufkündigen oder eine Regierung unter Führung von Barre nicht behindern. Die Beteiligung der Gaullisten an vier der sechs Ausschüsse der Nationalversammlung ist ein guter Beweis dafür, wie auch das Zugeständnis Chiracs, den Vorsitz in einem der Ausschüsse durchaus einem Vertreter der Linksunion zu überlassen.

Im Zuge eines Sogs zur Mitte und nach Neuwahlen, Parlamentsumstrukturierungen vor dem Hintergrund einer vielleicht stärkeren PS kann der Gaullismus noch einmal eine Schwächung erfahren. Erst nach einer längeren Periode ökonomischer Krisen, schärferen Klassenauseinandersetzungen und schließlich nach größeren Niederlagen der Arbeiterbewegung könnte der Gaullismus eine wichtige Funktion bekommen. Haben sich erst einmal die Parteien der Mitte an den wirtschaftlichen und ökonomischen Problemen wundgerieben und ist es den Organisationen der Arbeiterklasse nicht gelungen, das Zepter in die Hand zu nehmen zum Sturz der bürgerlichen Ordnung, kann der Gaullismus ein Sammelbecken für unzufriedene Kleinbürger und Teile der Arbeiterschaft werden, um auf dieser Basis eine bonapartistische Herrschaft zu errichten.

In diesem Zusammenhang hat auch die starke rechtliche Stellung des Staatspräsidenten eine Bedeutung, der letztlich eine Wende zum Bonapartismus einleiten kann oder der selbst Hauptrepräsentant des Bonapartismus, "Mann der Krise", wie einst de Gaulle genannt wurde, werden kann. Giscard allerdings nutzt im Moment die besondere Funktion des Staatspräsidenten, um eine Wende hin zu einer dem System der V. Republik und dem Kräfteverhältnis entsprechenden Regierungskonstellation einzuleiten. Dabei hält er sich mit eigenständigen, bzw. eigenwilligen Entscheidungen zurück, um die Institutionen der V. Republik nicht in Verruf zu bringen. Der Ruf nach Unantastbarkeit der Autorität des Staatspräsidenten, in den auch Mitterand und z.T. Marchais einstimmten, zeigt die Bedeutung der Rolle des Staatspräsidenten an, die von der Bourgeoisie im Verbund mit einer breiten gaullistischen Massenbewegung und oben beschriebenen Kräfteverhältnis ausgespielt werden kann.

REGIERUNG DER MITTE UND ARBEITERPARTEIEN

Mit der neuen Regierungsaufstellung, die eine bloße Umbildung der bisherigen Regierung darstellt, erweckt Giscard den Anschein völliger Ruhe und Ordnung und betreibt quasi eine Politik des Wandels durch Kontinuität, wenn er von "vernünftigem Zusammenleben" spricht oder davon, daß bis zur Präsidentschaftswahl 1981 kein Ereignis, keine Wahl usw. im Wege stände, um tiefgreifende Reformen durchzuführen. (Süddeutsche Zeitung, 7.4.1978)

Sollte aber innerhalb der nächsten Wahlperiode von Giscard die Nationalversammlung aufgelöst werden, damit Neuwahlen angesetzt werden können, müßte vorher als Verfassungsänderung das Verhältniswahlrecht eingeführt werden. Diese schon lange von allen größeren Parteien außer den Gaullisten aufgestellte Forderung wird aber nur dann eingelöst, wenn Neuwahlen auch tatsächlich zu einer Mitte-Linksregierung führen. Giscard mußte nämlich schon seine Vorstellung von einer "stabilen Regierung, eine Mehrheit, die mehrere Jahre regierungsfähig ist" nach den verschiedenen Gesprächen mit den Parteichefs auf das realistische Maß hin korrigieren. Übrig geblieben ist gerade eine Regierung mit "den Linken nahestehenden Persönlichkeiten". Die Wahl des 'linksliberalen' Gaullisten Chaban-Delmas als dem "parlamentarischen Statthalter" Giscards zum Vorsitzenden der Nationalversammlung läuft in diese Richtung.



Resultat der Gespräche Giscards, insbesondere mit Mitterand und Marchais, ist, daß die Forderungen der Linken von der neuen Regierung berücksichtigt würden, und daß der Linken mehr Rechte zugestanden würden, was wahrscheinlich auch mit der Mitarbeit und Mitverantwortung für die Regierungspolitik durch Beteiligung an den Regierungsausschüssen abgedeckt ist. Damit werden die Linksparteien aber gezwungen, im Parlament eine Politik im Sinne konstruktiver Opposition zu betreiben, wie sie z.B. von einem Teil der Abgeordneten von Fabres MRG schon angekündigt wurde. Besonders für Gesetze, die Repressionsmaßnahmen wie auch windelweiche Sozialreformen zum Inhalt haben, werden die Stimmen von PS und KPF für Giscard wichtig sein. Eine eventuelle Linksregierung nach den nächsten Parlamentswahlen 1983 könnte dann zum Vollstrekken einiger dieser Gesetze genötigt sein.

Noch allerdings muß Giscard den 'Sog der Mitte' überhaupt erst noch wirksam werden lassen. Die Wahl von Chaban-Delmas hat deutlich gemacht, daß die Mitte auch noch nach rechts, etwa durch eine Loslösung der Linksgaullisten von Giracs RPR, auszuweiten ist. Denn Caban-Delmas trat als 'individueller Bewerber' zur Wahl an und hatte den bisherigen Parlamentspräsidenten Edgar Faure, der von der RPR benannt wurde, zum Gegenkandidat. Die Bedeutung dieser Wahl entspricht kaum der Funktion des Parlamentsvorsitzenden, der lediglich die Tagesordnung festlegen kann und die Einleitungsrede zu den Sitzungen halten darf.

Die beiden Linksparteien PS und KPF lehnten bislang formal die Mitarbeit in der rechten Regierung ab. Sie haben betont, auch in Zukunft an der Strategie einer einheitlichen Linken festzuhalten. (Süddeutsche Zeitung, 21.3.1978)

Die PS hat sich in den Wahlen als schwächer herausgestellt, als wir es erwartet haben. Gerade deshalb mußte die Bildung der von uns prognostizierten Mitte-Linksregierung vertagt werden. Wenn allerdings Giscard auf direkte Hilfe von seiten Mitterands angewiesen ist, wird Mitterand sicherlich an einer Regierung der breiten Mitte teilnehmen. Die Frage ist nur, ob bis dahin die PS ihre bisher schwache Verankerung in der aktiven und kämpferischen Arbeiterschaft ausbauen kann, um diesen Einfluß für die Isolierung der KPF und zur Demobilisierung und Demoralisierung nutzbar zu machen. Auf alle Fälle wird sich die PS auf ihrem Weg zu einer "sozialdemokratischen Volkspartei" und damit zu einer für die Bourgeoisie sinnvollen Kraft in einem starken Spannungsverhältnis, das von dem Widerspruch zwischen der verdeckten Unterstützung der jetzigen rechten Regierung bis zur Teilnahme an einer "Regierung der breiten Mitte" und dem Aufbau einer breiten Arbeiterpartei bestimmt ist.

Die PS ist noch viel zu schwach in der aktiven und kämpferischen Arbeiterschaft verankert, als daß sie als "sozialdemokratische Volkspartei" die KPF isolieren könnte und damit den Weg nach rechts frei hätte, wenn es darum geht, die Arbeiterklasse zu demobilisieren und demoralisieren. Sie wird daher versuchen, sich gemeinsam mit der KPF aufzubauen. Ältere Gewerkschafter in der PS meinten schon, daß mehr arbeiternahe Politik gemacht werden müsse. Neben der heftigen Diskussion über die Schuldfrage wegen des schlechten Abschneidens beider Arbeiterparteien bei den Wahlen kommt schon eine Tendenz auf, die auf Einstellung der Polemik drängt. Gegenüber der neuen Regierung üben die Gewerkschaften schon längst konstruktive Opposition. Statt auf den von Vielen erwarteten Sturz der Giscard-Barre-Regierung stellt sich z.B. die CGT auf eine abwartende Haltung ein. CGT-Chef Georges Séguy schlug baldige Verhandlungen über Lohnerhöhungen und über Verbesserungen der Arbeitsbedingungen vor. Er forderte eine"wagemutige Politik zur Ankurbelung von Konjunktur und Kaufkraft" (Süddeutsche Zeitung, 22.3.78). Größere Auseinandersetzungen und Streiks werden damit auf das Ende des schon einsetzenden Aufschwungs vertagt.

Russell-Komitee und Kampf gegen die Repression

Bilanz und Perspektive

Die erste Sitzungsperiode der Jury des Russell-Tribunals über die Repression in der BRD ist vorüber. Im wesentlichen wurde das vom deutschen Sekretariat ausgetüftelte Konzept durchgezogen, wenn auch einzelne Jury-Mitglieder sich nicht immer daran halten wollten. Die staatlichen Berufsverbote standen auf der Tagesordnung.'Nachweisbare' Menschenrechtsverletzungen wurden untersucht und: "Nicht ein Unrechtsregime soll verurteilt werden." (Dedijer, Vorsitzender der Jury)

Wir erlauben uns trotz der honorigen und liberalen Persönlichkeiten, die in der Jury sitzen, anzumerken, daß mit einer solchen Zielsetzung, jener Ideologie Tür und Tor geöffnet wird, 'Menschenrechtsverletzungen'in der BRD als 'Ausrutscher' des Kapitalismus und der 'sozialliberalen' Regierung einzustufen.

Galtung, Mitglied der Jury aus Norwegen, machte dann klar, daß die Stammheimer Ereignisse nicht behandelt werden könnten, da der Sachverhalt nicht ausreichend genug geklärt sei. Das könne nur eine internationale Untersuchungskommission tun. "Aus diesen Gründen wird sich die Jury mit den Stammheimer Todesfällen und ähnlich gelagerten Problemen auch während der zweiten Sitzungsperiode nicht befassen können." All die offensichtlichen Lügen der Generalbundesstaatsanwaltschaft, die Widersprüche und Absurditäten der Selbstmord'beweise' reichen somit nicht einmal dazu aus, sie wenigstens aufzuzeigen! An der Stumpfheit, die Galtung hiebei im Namen der Jury bewiesen hat, änderte auch der Entschluß von 8 Jury-Mitgliedern nichts, Stammheim besuchen zu wollen. Betonten sie zuerst, dies lediglich individuell und nicht als Russell-Jury zu machen, zogen sie ihre Initiative später überhaupt zurück... Angeblich soll nun doch ein Untersuchungsausschuß des Russell-Tribunals eingesetzt werden. Man kann nur neugierig sein.

Sieben Juroren entschlossen sich nach der Diskussion außer Programm über die "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" im DGB zu deren Verurteilung. "Steht die Praxis der Berufsverbote im Zusammmenhang mit diskriminierenden Praktiken anderer Institutionen, insbesondere von Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Kirchen?

7 der 16 Mitglieder der Jury stimmten mit Ja, ein Mitglied enthielt sich der Stimme, 8 Jury-Mitglieder stimmten mit Nein und wollten mehr Beweise (!)." (aus 'Arbeiterkampf', Nr. 127)

Man kann nur vermuten, daß sich zumindest jene 8 Jury-Mitglieder zu wenig informiert hatten, was höchstwahrscheinlich kein Zufall ist, da es der Mehrheit im deutschen Sekretariat nicht opportun erscheint, die "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" behandeln zu lassen. Die Jury-Mitglieder klagten auch immer wieder über mangelnde Versorgung mit Informationsmaterialien - auch über die "Unvereinbarkeitsbeschlüsse". Das wäre die Aufgabe des Sekretariats gewesen, das sich aber viel mehr über seine Kompetenzen hinweg, mit politischen Schiedssprüchen beschäftigt hatte. Die Marburger Russell-Initiative zB. veröffentlichte vor der 1. Sitzungsperiode eine Broschüre, in der u.a. Materialien über die "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" enthalten sind und der Zusammenhang zwischen Ausschlüssen aus dem DGB und den Berufsverboten, bzw. Betriebsentlassungen aufgezeigt wird. Die Mehrheit im Sekretariat sprach sich daraufhin gegen ihre Veröffentlichung aus, da darin Bereiche behandelt werden, die vom Tribunal nicht erörtert würden, und außerdem - man kennt es schon - würden die Gewerkschaften in den Schmutz gezerrt. Cobler und Die-

derichs, die Minderheit im Sekretariat, die die Broschüre befürworteten, wurde der Hinausschmiß angedroht!

Einstimmig verurteilte schließlich die Jury die staatliche Berufsverbotepraxis in der BRD. "Wird Bürgern der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, einen Beruf im öffentlichen Dienst auszuüben?

Die Jury-Mitglieder stimmten einstimmig mit Ja." (ebenda)

"...ES KOMMT ABER DARAUF AN, SIE ZU VERÄNDERN."

16 Personen: Wissenschaftler, Liberale, 'Euro'-Stalinisten usw. haben sich gegen den Radikalenerlaß ausgesprochen. Wenn überhaupt, dann werden sie im Herbst oder Anfang nächsten Jahres die Punkte Zensur und Grundrechtsverletzungen in Strafverfahren behandeln und vielleicht 'Menschenrechtsverletzungen' dabei feststellen. Einzelne Jury-Mitglieder werden wieder "persönlichen Mut" beweisen (KB/Nord über jene 8 Jury-Mitglieder, die Stammheim besuchen wollten), andere darüber räsonieren, ob ein 'demokratischer Staat' von seinen Beschäftigten "Garantien" verlangen könne und müsse. Galtung hielt dieses Mal "ein gewisses Minimum an Loyalität für gerechtfertigt" - der Franzose Faye wiederum, daß "Verfassungstreue aus dem mittelalterlichen Gedankengut" entnommen sei. Und wieder andere, wie Lombarde Radice von der KPI, werden den blutigen Dreck, den ihre eigene Partei am Stecken hat, mit 'demokratischen' Sprüchen herunterzuklopfen versuchen.

Wie auch immer, die Unterdrückung in der BRD wird weitergehen! Das Ränkespiel des Sekretariats hinter der Jury verdeutlicht dies nur um so mehr. So wirkungslos ein bürgerlich- demokratisches Tribunal wie dieses auch ist, die Narr, Wesel u.a. hielt dies nicht davon ab, ihre Intrigen zu spinnen, jeden ursprünglichen Anspruch der Russell-Initiative, einen breiten Fächer der Repression in der BRD zu untersuchen ("Unvereinbarkeitsbeschlüsse", Unterdrükkung der Frauen, faschistische Bedrohung in der BRD usw.), zu zerschnitzeln und es im wesentlichen bei den Berufsverboten zu belassen. Dabei hatten sie DKP und 'linke' Sozialdemokraten im Auge, die man nicht verschrecken und gewinnen müßte. Leute sind das, die durch die Behandlung Stammheims, ihren 'Kampf' gegen Berufsverbote und Grundrechteabbau bedroht sehen, denn "...unter der Bezeichnung terroristischer Gewalttäter (!) als 'politische Gefangene' liegt die Gefahr ihrer Gleichsetzung mit den vom Berufsverbot Betroffenen." ('UZ', Zeitung der DKP) Die politischen Gefangenen sind da für die Hetze der Reaktion verantwortlich - das ist die Art der Stalinisten, 'Menschenrechte' zu verteidigen!

Genau die selbe Logik bei den "Unvereinbarkeitsbeschlüssen": Diese seien ja eine 'gewerkschaftliche Angelegenheit' ... In Wirklichkeit ging es dem Sekretariat um seine 'potentiellen Bündnispartner': die DKP, die die Ausschlüsse im DGB mitverantwortet und selber Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die extreme Linke hat. Und vielleicht könnte man Willi Brandt und den Gewerkschaftsbonzen doch noch ein gutes Wort zum Russell-Tribunal abluchsen? (zu den "Unvereinbarkeitsbeschlüssen" siehe auch den Beitrag der B&G-AG im Russell-Info 2)

Deswegen diese 1. Sitzungsperiode mit der Beschränkung auf die Berufsverbote, wo nicht einmal die Diskriminierung der ausländischen Arbeiter angerührt wurde: Es ging nur um die "Bürger der Bundesrepublik"!

Die DKP und die Jusos boykottierten das Tribunal trotzdem. Die DKP verbot ihren Mitgliedern sogar als Zeugen aufzutreten. Wie wir die Ausdauer des Sekretariats aber kennen ... was nicht ist, kann vielleicht noch werden.

Das Tribunal hat fürs erste einmal seine Arbeit getan. Viel mehr wird es nicht mehr leisten können. Ein gewisses Maß an Propaganda gegen die repressive Situation in der BRD. In diesem Sinne unterstützen wir es kritisch. Seine Nachteile, die nicht allein von ihm herrühren, sind allerdings ungleich größer. Das Tribunal und vor allem der rechte Flügel der Unterstützerbewegung um das 'Sozialistische Büro' (SB), verbreiten kräftig Illusionen, als wäre das Tribunal ein gewaltiger Schritt vorwärts im Kampf gegen politische Unterdrückung. Jetzt, wo die Themen des Tribunals schließlich wie ein Fliederbusch im Frühling zusammengestutzt sind, kann sich selbst die wahrlich mit Schmutz genug bedeckte Sozialdemokratie einige Scheiben abschneiden: Ja, es hat ungerechte Berufsverbote gegeben. Das habe man schon selbst des öfteren kritisiert und im übrigen gehe ein Großteil der 'Menschenrechtsverletzungen' auf das Konto der CDU/CSU. 'Garantien' müsse man ja haben. Im großen und ganzen sei aber ohnehin alles in Ordnung...

Nein - ein gewaltiger Schritt vorwärts im Kampf gegen den sich entwickelnden Polizeistaat BRD, oder besser: ein positiver Ansatz dafür ist die Unterstützerbewegung, sind aktive Unterstützerkomitees, Arbeitsgruppen und Aktionseinheiten. Daß es auch hier zu keinem echten Fortschritt gekommen ist, dafür trägt in erster Linie der rechte Teil der Unterstützerbewegung die Verantwortung. Sein Konzept, den Kampf auf das Tribunal und auf die Berufsverbote zu beschränken, verstreute Verwirrung und spaltete die Bewegung. Noch deutlicher als in der BRD sieht man dies in Österreich. Denn hier distanzierten sich die österreichischen 'SB's und GIMs (deutsche Sektion des 'Vereinigten Sekretariats'), dh. FÖJ und GRM nicht nur von den 'Sektierern', sondern hörten gleich überhaupt auf, gegen die Repression zu arbeiten.

PRÄPOTENZ ALLEINE GENÜGT NICHT

Um so seltsamer war es dann, als im März sechs ernste Gesichter an einer Podiumsdiskussion auf einer Russell-Veranstaltung (!) teilnahmen und zwei davon just von GRM und FÖJ her bekannt sind. Außer dem ebenfalls anwesenden Cobler hatte von ihnen niemand etwas inhaltlich zum Kampf gegen die Repression zu sagen. Markanteste Tatsache: Diejenigen, die sich bereits Monate vorher in Arbeitsgruppen organisiert und regelmäßig Antirepressionsarbeit geleistet hatten, eben die ÖSTERREICHISCHEN UNTERSTÜTZUNGSKOMITEES FÜR EIN RUSSELL-TRIBUNAL ÜBER DIE REPRESSION IN DER BRD, waren nicht eingeladen worden. Hier kommt genau das Verhältnis der Veranstalter, die mit SB und GIM harmonisieren, zum Ausdruck: Die Unterstützerbewegung ist ihnen nichts, das Tribunal alles. (Der deutsche Beirat, von den 'Rechten' hegemonisiert, ging in den ersten Tagen der Sitzungsperiode ja sogar so weit - die Kirchenbesetzungen durch Mitglieder der 'antifa'-Gruppen (siehe 'Arbeiterkampf' Nr. 126) zum Anlaß nehmend - die Russell-Initiativen auszuschließen: "...daß diese Russell-Initiativen mit dem Russell-Tribunal nichts (!) zu tun haben.")

DIE GRM UND FÖJ: GROSSE WORTE OHNE TATEN

Gipfel der Präpotenz auf dieser Veranstaltung war dann ein Beitrag eines GRM-Genossen, der davon sprach, daß alle jene, die sich aus der Antirepressionsarbeit zurückziehen, weil sich andere Teile der Linken nicht daran beteiligten, schärfstens zu kritisieren wären. Das tun wir auch. Nur ist hiebei hauptsächlich die GRM selbst betroffen (der FÖJ-Vertreter plapperte in seinem zweiten Statement nur mehr herum, daß die IKL ja eine "Kadergruppe" sei und die FÖJ nur ein Sauhaufen), deren Argumentation es immer wieder ist, ihre Aktivitäten von denen anderer abhängig zu machen. Das war ihre Linie bei der Frage, wie sich die Linke mit den politischen Gefangenen in der BRD solidarisch zeigen könnte, das war bei den Morden in Stammheim so. Das ist auch so in der Frage der Russell-Initiative. In der 'rotfront' 11/77 hat sie selbst ihre Methode zutreffend zusammengefaßt: "So wünschenswert heute eine Kampagne der gesamten österreichischen Linken wäre, so gering halten wir die Realisierungschancen in der Praxis." Es müßten Maoisten, KSV und Teile der Sozialdemokratie gewonnen werden. "Diese Frage läßt sich jedoch nicht unmittelbar (?) klären. Erst im Verlauf einer solchen Kampagne wird sich heraustellen, ob in dieser Richtung positive Ergebnisse zu erzielen sind." Sehr richtig! Doch plötzlich, eine Zeile weiter, ist die Frage für die GRM bereits geklärt!? "... daß aber die Voraussetzungen für die Durchführung einer solchen Kampagne nicht gegeben sind.", begründet sie schließlich mit 2 'Argumenten':

1. Hinter dem Ansinnen, eine Kampagne gegen die politische Unterdrückung zu beginnen "steckt auch die falsche Annahme einer systematischen Repression des bürgerlichen Staates, der die systematische Selbsthilfe der Linken entgegengesetzt werden müßte." Österreich könne man nicht mit der BRD vergleichen - IKL und AGP würden das aber tun.

Nachdem, was die GRM in den letzten Monaten getan hat, dürfte es in Österreich überhaupt keine Repression geben. Natürlich ist die BRD-Linke einer systematischen Unterdrückung ausgesetzt. Die 'Verteufelung' der 'K-Gruppen', die politischen Prozesse, die weit über den Rahmen der Linken bereits hinausgehen, die gehandhabten Berufsverbote, das Gesetzesmachwerk, Todesschuß, Kontaktsperrgesetz usw. Doch es muß mehr als Blindheit der GRM sein, wenn sie in Österreich die vorhandenen Ansätze zu einer Systematisierung der Repression nicht zu sehen vorgibt. Regelmäßig arbeiten heute Faschisten mit Beamten des Justizapparates gegen Antifaschisten zusammen - auf der Straße und im Gerichtssaal. Die GRM jedoch unternimmt nicht einmal mehr zu den Prozessen, die gegen Genossen laufen, die ihr nahestehen, 'Kampagnen'. Die Faschisten inszinierten in der letzten Zeit eine Reihe von Provokationen. Ein KPÖ-Lokal in Wien-Penzing z.B. wurde einige Male hintereinander, zuletzt mit rund 60 rechtsextremen Schlägern, überfallen. Die GRM sagt wohl dazu, daß die 'Voraussetzungen' für antifaschistische Aktivitäten noch "nicht gegeben" sind, weil der KSV nicht mitmacht!

Ein Flugblatt der ÖSTERREICHISCHEN RUSSELL-INITIATIVE faßt den Fatalismus der GRM treffend zusammen: "Wir fragen nur, wenn sich Teile der Sozialdemokratie, die Maoisten oder der KSV heute nicht an der Repressionsarbeit beteiligen (was wir sehr bedauern !!!), so geht die 'Arbeit' der Faschisten, gehen die Ausschlüsse aus dem 'Deutschen Gewerkschaftsbund' und der Justizterror gegen politische Gefangene und Anwälte in der BRD usw., dennoch weiter. Selbstverständlich machen wir einen Unterschied zwischen der Schärfe der Repression in der BRD und in Österreich (hier schwindelt die GRM erneut, wenn sie uns das Gegenteil vorwirft!), aber die Logik der politischen Abstinenzler ist deprimierend: Da 'linke' Sozialdemokraten nichts machen, machen wir auch nichts!?"

2. "Auch die Bedingungen, mit Teilen der nicht reformistischen und antistalinistischen Linken (IKL, APG) die Propagierung und Vorbereitung einer solchen Kampagne

einzuleiten, sind nicht günstig (?)." ('rotfront' 11/77). Dem stehe "die sektiererische und isolationistische (?) Orientierung von IKL und APG entgegen." (ebenda) Vergeblich sucht dann der Leser eine Begründung für solche gewagte Behauptungen. Es bleibt nur die oben bereits angeführte Argumentation, daß Österreich nicht die BRD sei und es hier keine systematische Repression gäbe. Keine einzige Zeile, kein Vertreter der Russell-Initiative werden zitiert. So müssen wir wohl oder übel annehmen, daß die GRM die früheren demagogischen Vorwürfe aufrecht hält, wie etwa "Ihr wollt's ja nur zur Book arbeiten!". Dem seien noch einmal die Vorgangsweise der Plattform der ÖSTERREICHISCHEN RUSSELL-INITIATIVE entgegengehalten: "Teilnehmen und mitarbeiten kann jede Person und Organisation, die sich mit den grundlegenden Zielen des Komitees einverstanden erklärt. Voraussetzung für die Mitarbeit ist weder die Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung, noch eine bestimmte Stellung zu einer nationalen oder internationalen politischen Strömung bzw. Organisation. Einzige Voraussetzung zur Teilnahme ist demnach die Bereitschaft, aktiv gegen die politische Repression, in der im Punkt 1 dargestellten Art, zu werden. Das Komitee ist also weder eine politische Organisation, noch strebt es an, eine solche zu werden." Im Punkt 1 wird als Aufgabe der Russell-Initiative das Aktivwerden gegen die politische Repression in der BRD und in Österreich angegeben. "3. Die Arbeit der Komitees wird nicht auf bestimmte Aspekte der Repression beschränkt bleiben (!), sondern umfaßt alle gesellschaftlichen Ebenen wie Aufrüstung, sexuelle Unterdrückung, Unterdrückung gegen Frauen..." (enthalten im 'Russell-Info' Nr. 1) Klar geht auch aus dem Inhalt hervor, daß Gruppen, Perso nen.die nur zu einem bestimmten Bereich arbeiten wollen, dies selbstverständlich tun können.

Ohne noch einmal genauer auf die leidige Geschichte der Spaltung der österreichischen Russell-Intitiative zu Beginn des Jahres einzugehen, faßt das vorhin zitierte Flugblatt der ÖSTERREICHISCHEN UNTERSTÜTZER-KOMITEES auch dazu völlig richtig zusammen: "Sie (GRM und FÖJ - pr), die uns immer wieder bis heute 'Sektierertum' vorwerfen, was bis zu den übelsten Verleumdungen gegangen ist....waren es in Wirklichkeit, die den Themenkreis im wesentlichen auf die Berufsverbote beschränkten. Indes nicht einmal dazu haben sie in Österreich irgendetwas Systematisches getan. Sie traten völlig von der Russell-Antirepressionsarbeit zurück, um sich's angesichts von Schleyer- und Palmersentführung nicht mit der 'demokratischen Öffentlichkeit' zu verscherzen. Sogenannte 'linke' Sozialdemokraten sollten nicht abgestoßen werden, die sich ihrerseits von der sozialdemokratischen Regierungspolitik in der BRD desöfteren nicht abgestoßen fühlen."

'PERMANENTE REVOLUTION' IST DAS ZENTRALORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA UND ERSCHEINT MONATLICH.

EINZELPREIS: S 3.-

ABONNEMENTS: 12 AUSGABEN S 4o.-

BESTELLUNGEN UND KONTAKTADRESSE

IKL, POSTFACH 1454, 1o1o WIEN

IMPRESSUM: EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER, DRUCK UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: KARL REITTER, KLIMSCHGASSE 18/6 1030 WIEN.

Die ÖSTERREICHISCHE RUSSELLINITIATIVE und wir, die darin eine Minderheit sind, gehen anders an die Problematik heran als GRM und FÖJ. Nicht passives Abwarten, bis linke Sozialdemokraten, Maos oder KSV aktiv werden, vermag eine breite Abwehrfront aufzubauen, sondern Arbeit mit jenen, die bereits heute etwas machen wollen, die bereits heute SP-Gruppen, KBÖ, KSV mit Ergebnissen konfrontieren. Es gibt ein relativ großes Reservoir an bereiten Genossen, nicht nur innerhalb der Linken. Zur Veranstaltung der AG-Faschismus kamen rund 250 Personen. Wer gefehlt hat, waren wieder die mit dem Mund ach so großen FÖJ, GRM und SOAK. Wenn man dazu weiß, daß wir sie gebeten hatten, auch wegen befürchteter rechtsextremer Überfälle als Saalschutzhilfe jemanden zu schicken, wird noch deutlicher, wie sehr diese Organisationen derzeit den Kampf gegen die Repression sabotieren!

3 1/2 ARBEITSGRUPPEN

Zur Zeit arbeiten drei Gruppen: die 'AG-POLITISCHE GEFANGENE/PROZESSE', die 'AG-UNTERDRÜCKUNG UND POLITISCHE EINSCHRÄNKUNG IM AUSBILDUNGSBEREICH' und die 'AG-FASCHISMUS'.

Eine vierte Gruppe, die AG über internationale Zusammenhänge der Repression, hat sich aufgelöst. Dazu sei kurz eine Betrachtung angestellt, die einer gewissen Pikanterie nicht entbehrt. Vor einiger Zeit bezeichnete ein RMF-Vertreter - also jene Organisation, die die AG über internationale Zusammenhänge vorwiegend getragen hatte - uns bei einem Treff mit der GRM als "total verknöchert und sektiererisch". Bei diesem GRM-Treff (im Zusammenhang mit der Perspektivdiskussion zwischen GRM, SOAK, VSSTÖ und RMF) meinten nun die Genossen von der GRM wohl, daß sich das "sektiererisch" auch auf die Teilnahme der IKL an der Russell-Initiative beziehen müsse, nur 'vergaß' sie dabei, daß ebenso die RMF und auch der RMF-Genosse, der hier so'großartig' sein Knicksen vor der GRM machte, in der Russell-Initiative tätig waren. Die AG funktionierte ohnehin nicht mehr so richtig. Es gibt Berichte von Genossen, die darin mitarbeiten wollten und einfach keine Gelegenheit erhielten, weil an den angegebenen Terminen keine Treffs stattfanden. Die Auflösung dieser Arbeitsgruppe ist aber nicht nur deswegen verständlich. Die RMF ist derzeit nur "für" die 'IV. Internationale' und strebt ihren Eintritt in das 'Vereinigte Sekretariat' und dessen österreichische Sektion, die GRM, an. GRM und Russell vertragen sich aber nicht....

Bisher sind 2 Russell-Infos erschienen. An dem ersten hatten wir vor allem seine Einseitigkeit kritisiert, da hauptsächlich die Repression gegen politische Gefangene, die der RAF politisch nahestehen, behandelt wurde. Eine ganze Reihe anderer 'Fälle' wurde von der APG kaum berührt: Peter Paul Zahl, Karl-Heinz Roth u.a. Hier gab und gibt es Differenzen mit der APG, die zwar die Arbeit z.B. zu österreichischen politischen Prozessen nicht ablehnt, es aber ihrer "persönlichen Motivation" überlassen will, wozu sie etwas tut. Wir meinen, daß hier andere Kriterien maßgebend sein sollten, wie z.B. Schwerpunkte der staatlichen Repression, Aktualität u.ä.

Im zweiten Info wurden diese Mängel bereits einigermaßen aufgehoben. Die anderen AGs lieferten ebenfalls Berichte: die AG-AUSBILDUNG über Repressionsfälle gegen Lehrer und über die Lehrerdienstpragmatik. Die AG-BETRIEB & GEWERKSCHAFT (die ihre Arbeit inzwischen eingestellt hat) beteiligte sich besonders emsig am Info: Berichte über die "Unvereinbarkeitsbeschlüsse", über Berufsverbote und über die Ausweisung Erol Severs. Die AG-FASCHISMUS veröffentlichte ihren Aufruf: FÜR EINE ANTIFASCHISTISCHE INITIATIVE.
Die Genossen Gratt und Keplinger sind an Österreich ausgeliefert worden. Genosse Pitsch sitzt noch immer im Gefängnis. Eine Reihe von Prozessen läuft gegen Antifaschisten. Hier muß wieder Öffentlichkeit geschaffen, die Genossen müssen bei ihren Prozessen unterstützt werden! BETEILIGT EUCH AN DER APG!

Die AG-AUSBILDUNG hat 4 Untergruppen gebildet (Universität, Berufsverbote in Österreich, in der BRD, Berufsschulen/Lehrlinge). Die Praxis der politischen Unterdrückung ist vielfältig und äußert sich in Österreich noch vor allem in schleichender Form. "Ein Radikalenerlaß, wie er in Deutschland erst eingeführt werden mußte, um eine gesetzliche Handhabe für die bestehende Berufsverbotepraxis zu haben, ist in Österreich nicht mehr notwendig, da er in Form der Dienstpragmatik bereits besteht." (AG-AUSBILDUNG)

Die AG-FASCHISMUS will nun nach ihrer Veranstaltung in erster Linie zwei Schwerpunkte in ihrer Arbeit setzen. Angestrebt wird zum ersten eine antifaschistische Broschüre, in der nicht nur neues Material zum Rechtsradikalismus in Österreich bzw. in anderen Ländern, sondern auch eine politische Auseinandersetzung über die Methoden des antifaschistischen Kampfes enthalten sein sollen. Dazu wird es bei den nächsten Treffs eine Menge Arbeit und Diskussion geben. Zum zweiten will sie versuchen, den antifaschistischen Kampf zu koordinieren - als INITIATIVE zur Errichtung einer Kampffront gegen die Faschisten. Alle antifaschistischen Organisationen und Personen sind selbstverständlich eingeladen.

ZUR 'ROTEN HILFE'

Die Kritik der GRM an der 'Roten Hilfe' ist grundfalsch. Ihre Methode ist die gleiche, wie sie an die Russell-Initiative herangeht. Völlig richtig stellen demgegenüber die Genossen der 'Roten Hilfe' fest: "Tatsache ist aber, daß sich der Druck (in Österreich - pr) allmählich erhöht, der von Seiten des Staatsapparates ausgeübt wird. Was heute Wenige vereinzelt trifft, kann morgen gegen Viele gerichtet werden." (Erklärung der 'Roten Hilfe')

Falsch ist unserer Meinung, daß der Schutz, die die 'Rote Hilfe' den von der staatlichen Repression und von den rechtsextremen Organisationen Betroffenen angedeihen lassen will, nur auf Mitglieder der Arbeiterbewegung, bzw. "Angehörige unterdrückter nationaler Minderheiten" und "diskreminierten Minderheiten" beziehen. (ebenda) Wir meinen, daß die Linke ebenso, z.B. liberale, bürgerlich-demokratische Personen gegen die Reaktion verteidigen muß. Sich mit ausländischen Arbeitern und Studenten nur dann zu solidarisieren, "sofern sie eine antikapitalistische oder antiimperialistische Position einnehmen" (ebenda) ist ebenso unrichtig. Erol Sever z.B. ist der türkischen maoistischen AYDINLIK politisch nahegestanden, der wir nicht die Eigenschaft zuschreiben, antikapitalistisch zu sein. Ohne hier genauer auf den politischen Unterschied zwischen 'rein antikapitalistisch' und reformistisch einzugehen - AYDINLIK ist unserer Meinung nach eine reformistische - stalinistische Organisation - verteidigen wir sie und Erol Sever trotzdem gegen die Reaktion, obwohl Refor mismus und Antikapitalismus nichts gemein haben.

Befremdet mußten wir feststellen, daß die 'Rote Hilfe', nachdem die Russell-Gruppen bereits begonnen hatten aktiv zu sein, an die Gründung eigener AGs gegangen ist. Es kam zu einer 'antifaschistischen Gruppe', einer 'AG-über die Folgeereignisse der Palmers-Entführung' u.a. Das was unserer Meinung nach ein antisolidarisches Verhalten der Russell-Initiative gegenüber, nicht nur in ihr nicht mitzuarbeiten, sondern auch nicht mit ihr zusammenzuarbeiten. Bisher hat sich bloß ein einziger Genosse der

'Roten Hilfe' entschlossen, diese durch und durch sinnlose Angelegenheit zu überwinden. Er will zukünftig in der AG-Faschismus mitarbeiten.

DIE ARBEIT GEGEN DIE UNTERDRÜCKUNG IN DER BRD UND IN ÖSTERREICH MUSS WEITERGEHEN!

Wir sind uns über den Widerspruch zwischen dem linken Flügel der Unterstützerbewegung und der Institution des Russell-Tribunals klar. Bürgerlich-demokratische bzw. reformistische Konzepte sind noch nie in der Lage gewesen, den Kampf gegen die politische Unterdrückung im Imperialismus zu organisieren. Kein Tribunal, mit welchen Persönlichkeiten es auch immer besetzt ist, vermag bürgerlich-demokratische Freiheiten konsequent zu verteidigen, geschweige denn dafür zu mobilisieren. Seine Perspektive bleibt auch immer die Verteidigung um der bürgerlichen Demokratie willen. Es bleibt die Bourgeoisie,.die hier über die demokratischen Freiheiten 'wacht' und nicht das Proletariat. Aber genau umgekehrt müßte es sein. "Alle bürgerlichen demokratischen Freiheiten, die vom Proletariat nicht selbst und direkt kontrolliert wahrgenommen werden, haben sich gegen das Proletariat gewandt und die wahre Natur der Klasseninteressen gezeigt, die durch sie verteidigt werden." ('Methode und Inhalt des Übergangsprogrammes', Ergebnisse & Perspektiven, Theoretisches Organ des Spartacusbundes, Nr. 4, Seite 20)

Die Kapitalisten nehmen die bürgerlich-demokratischen 'Freiheiten', etwa die 'Pressefreiheit' zum Anlaß, ihrem Manipulationsapparat laufen zu lassen, die 'Freiheit' des Eigentums, um die Arbeiterklasse auszubeuten. Genau so halten sie sich nicht an ihre eigenen Gesetze, wenn es ihren Interessen widerläuft: beschneiden Verteidigerrechte,um die RAF zu liquidieren, verhaften die AGIT-Drucker usw. "Wenn hingegen das Proletariat einige dieser demokratischen Rechte nutzen wollte, um seinem Standpunkt zum Siege zu verhelfen, hat das immer eine generelle Auseinandersetzung mit dem Kapital zur Folge gehabt, deren Tragweite über die Frage der demokratischen Freiheiten weit hinausgeht." (ebenda, Seite 21)

Für uns kann das nur heißen, uns nicht durch bürgerlich-demokratische Tribunale, Gesetze usw. behindern zu lassen, d.h., daß wir uns unabhängig davon organisieren. Wir kämpfen zwar für bürgerlich-demokratische Rechte, aber nicht mit den Regeln der Galtungs und Radices und noch weniger im Rahmen der bürgerlichen Gesetze. Wir kämpfen mit unseren Methoden, mit den Methoden der proletarischen Interessen. Das schließt wie gesagt Bündnisse mit bürgerlichen Demokraten nicht aus. Das heißt aber auch und vor allem: Aufbau und Ausbau der 'Unterstützerbewegung' auch nach der zweiten Sitzungsperiode mit der Perspektive einer breiten ANTIREPRESSIONSFRONT!

Wir sehen keinen Grund anzunehmen, daß sich die Unterdrückung in Österreich vermindern wird. Die Krisenerscheinungen im Schulsystem, der Mobilisierungsgrad der Faschisten, die Aktivitäten der Behörden gegen Antifaschisten, die Repression gegen politische Gefangene dürfte andauern, was nach einer systematischen Antirepressionsarbeit verlangt. Die 'lässige' Art der SOAK, so einfach festzustellen, daß es nicht gelungen sei, "neue Schichten im Kampf gegen die Repression zu mobilisieren" ('Sozialistische Aktion' Nr. 6/78) und daran anzufügen, "daß infolgedessen die Arbeit der Russellkomitees ziemlich wirkungslos bleiben wird." (ebenda) ist mehr Frozzelei als ernsthafter Beitrag zur Debatte. Der linke Flügel der Russellbewegung war zu schwach, er konnte betreff der "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" und der personellen Zusammensetzung der Jury keinen Einfluß erlangen...so die SOAK. Als wäre das das Hauptziel von Spartacusbund und uns gewesen, und als hätten wir uns damit begnügt, daß sich das Tribunal ausführlicher mit den Ausschlüssen aus dem DGB beschäftigt hätte, wenn die Jury anders besetzt gewesen wäre. Wir versuchten mit der Russell-Intitiative die Linke für ein gemeinsames Antirepressionsbündnis zu mobilisieren. Daran sind wir bisher gescheitert - aber nicht nur wegen des rechten Flügels der Unterstützerbewegung, sondern auch wegen der Passivität von Gruppen, wie die SOAK eine ist. Der Schwerpunkt lag für uns seit Beginn niemals beim Tribunal, obgleich wir es solidarisch-kritisch unterstützen. Wie leer ist dann die Argumentation der SOAK, "daß allerdings über die Russell-Inititative die wichtigste Frage für die Linke, nämlich die Koordination sozialistischer Antirepressionsarbeit (!), nicht lösbar ist." (ebenda) wenn sie kein Wort darüber verliert, wie sie sich ihren zukünftigen Beitrag zum Aufbau einer breiten Antirepressionsfront vorstellt!?
Wir für unseren Teil, wollen die Arbeit dafür fortsetzen!

STÄRKT DIE ARBEITSGRUPPEN!

2 Prozesse gegen Antifaschisten!

Der Antifaschist R.B. wurde am 6.4. nach längerer Verhandlungsdauer wegen Verstoßes gegen den §282 (Aufforderung zur Gewaltanwendung) zu 4 Monaten, bedingt auf 3 Jahre, verurteilt.

"Zur Last gelegt" wurde ihm, daß er am 30.3.1977 bei einer antifaschistischen Kundgebung durch das Megaphon die Parolen "Haut die rechten Schweine nieder" und "Sammeln und geschloßen vorgehen" durchgegeben haben soll. Wie wir schon in der 'permanenten revolution' Nr.13/14 berichtet hatten, wurden zum ersten Verhandlungstermin, am 21.12.1977, die Zeugen der Staatsanwaltschaft, 2 JES-Mitglieder und 1 ANR-Mitglied (Reinhard Brand) "einvernommen". Ihre Aussagen damals waren absolut unbestimmt und konnten der Staatsanwaltschaft nichts nützen. Wir schrieben damals: "Höhepunkt waren die übereinstimmenden Aussagen der 3 Zeugen von JES und ANR, daß sie nicht wüßten, wer diese Parolen tatsächlich verbreitet hat. Die Justiz hat es sich diesmal zu leicht gemacht. Keine einzige belastende Aussage gegen R.B., die der Richter gegen diesen verwerten könnte, außer der, daß er Antifaschist ist." ('permanente revolution, Nr.13/14)

Doch das Urteil hat uns eines besseren belehrt. Mit der Argumentation, daß die Zeugen der Verteidigung sich nicht die ganze Zeit, während der R.B. hätte sprechen können, am "Tatort" aufhielten und daß sich diese nach einem Jahr sicher nicht mehr so genau erinnern könnten, wischte der Richter alle Argumente der Verteidigung vom Tisch. Und die Zeugen der Anklage? Ja, die haben ihre Aussagen bereits am 30.3.77 bei der Polizei zu Protokoll gegeben... Auch wenn sie sich nun nicht mehr erinnern können!
Wenn in einem Prozeß dem Angeklagten nachgewiesen werden muß, daß er dies oder jenes getan/gesagt habe, wie es der bürgerlichen Legalität entspricht, so ist dies in diesem Prozeß wahrlich nicht passiert.

Die Klassenjustiz zeigt ihr Gesicht! Nach der Verurteilung W.P. und von 3 KSV-Mitgliedern ist dies nun der vorläufig letzte Fall, wo die Klassenjustiz klar und offen ihren Charakter demonstriert hat. Umso unverständlicher ist die Reaktion der betroffenen Organisationen und Genossen. Denn zu keinem Verfahren (mit Ausnahme des ersten W.P.-Verfahrens) wurden Versuche zur Mobilisierung der Antifaschisten unternommen. Es wurde keine Informationsveranstaltung, auf der dann auch die möglichen Gegenschritte hätten diskutiert werden können, durchgeführt. Offen hätte man sich da über die Möglichkeiten bzw. deren Beschränkung - über die Wirksamkeit einer antifaschistischen Mobilisierung - in welcher Form auch immer - auseinandersetzen können. Ebenso, wie wir relativ offen über mögliche Prozeßtaktiken hätten diskutieren können, eine Frage, die wir aufgrund der zunehmenden Anzahl der Prozeße gegen die Linke auf jeden Fall in der nächsten Zeit angehen müssen.

Was hier zum Ausdruck kommt, ist das Verständnis, daß diese Prozeße bloß die Genossen bzw. Organisationen etwas angehen. Doch genau umgekehrt verhält es sich: Hier soll doch klar gesagt werden: 'Paßt gut auf, ihr Linken! Wenn ihr selbst gegen die Faschisten vorgeht, dann gibts Knast!'

Unter der Bedingung der Vereinzelung und der Passivität der Linken gegenüber den Prozeßen und den Faschisten wird die Rechnung der Justiz, der Polizei etc. - wenn vielleicht auch nur teilweise - aufgehen! Gerade unter diesem Gesichtspunkt waren und sind die Prozeße gegen die gesamte Linke und gegen alle Antifaschisten gerichtet. Und darum ist es auch verantwortungslos, wenn über die Prozeße nicht berichtet und diskutiert wird!
R.B. wird gegen dieses Urteil Berufung einlegen. Es wird daher zu einem neuen Prozeß, diesmal vor dem Oberlandesgericht, kommen.

PROZESS GEGEN H.W.!

Im laufenden Prozeß gegen H.W. fand am 5.4. der zweite Verhandlungstermin statt. H.W. ist angeklagt, dem Pistolenschützen Gasser, einem bekannten Faschisten, leichte Körperverletzungen zugefügt zu haben. Zum ersten Termin im Dezember 1977, an dem die "Zeugen" der Staatsanwaltschaft vernommen wurden, verwikkelten sich diese in Widersprüche, ähnlich wie zum zweiten Punkt der Anklage, der Zerstörung fremden Eigentums - konkret von ANR-Ständern. Hier lieferte allerdings einer der Zeugen Pikantes: H.W. soll nämlich einen der Ständer nur mit den Händen in der Luft zerbrochen haben. Überflüssig zu sagen, daß die zeugen ANR-Mitglieder sind. Am 5.4. wurden nun die Zeugen der Verteidigung und nochmals einer der Anklage, der ANR-Schläger Kment, vernommen. Während er wieder H.W. "identifizierte" verwickelte er sich gleich in einen neuen Widerspruch: Er kannte zwar einen Zeugen der Verteidigung nicht, war sich aber sicher, daß dieser nicht am Ort der "Auseinandersetzung" anwesend gewesen war. Doch nach dem Urteil im Prozeß gegen R.B. können wir auf das Urteil, das am nächsten Verhandlungstag gefällt werden soll, gespannt sein.

SOFORTIGE EINSTELLUNG DER BEIDEN PROZESSE!
WEG MIT DEM §282!
KAMPF DEM FASCHISMUS!

Solidarität mit den AGIT-Druckern!

Das AGIT-Druckkollektiv, die angeklagten AGIT-Drucker - für die Mehrheit der österreichischen Linken (leider) ein Fremdwort - stehen für die westberliner und die gesamte westdeutsche Linke als Opfer eines der direktesten Angriffe des bürgerlichen Staates auf die demokratischen Rechte, der Meinungs- und Pressefreiheit. Zwischen dem 17. und 26.10.1977 verhaftete die Polizei die 4 AGIT-Drucker(innen) H.W., G.V., J.W. und M.B. unter dem Vorwand, daß sie für "terroristische Vereinigungen ... geworben haben" sollen. Der Haftbefehl bezieht sich auf den §129a - der "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" - der eine Höchststrafe von 5 Jahren vorsieht. Der Justiz ist es ernst damit! Trotz einer entrichteten Kaution von 10.000 DM (!), sitzen 3 Genoss(inn)en seit mehr als 6 Monaten (!) ihre U-Haft im Gefängnis Moabit ab. Lediglich dem Genossen M.B. wurde Haftverschonung zugesprochen. Allerdings muß er sich nun jede Woche bei der Polizei melden.
Was verbirgt sich nun tatsächlich hinter der Anklage,"kriminelle Vereinigungen" unterstützt zu haben? Was sind die Tatsachen? Wo liegen die Klasseninteressen?
AGIT-Druck ist ein Druckkollektiv, das durch niedrige Preise, kurzfristige Erledigung von Aufträgen, zeitweiligen Feierabend- und Wochenendeinsatz auch Gruppen unterstützt, die sonst nur unter größeren finanziellen Opfern ihre Sachen gedruckt bekommen. Ebenso druckte dieses Kollektiv für die GEW, Humanistische Aktion, Rote Hilfe, verschiedene Gemeinden der Evangelischen Kirche, Hochschulgruppen, Komitee gegen die Berufsverbote u.v.a.
Die Staatsanwaltschaft stützt ihre Anklage nun darauf, daß das Kollektiv auch den "INFO-BUG" (Info der 'Berliner Undogmatischer Gruppen') gedruckt hat. Das "Info-Bug" existiert nun schon 4 Jahre lang und versteht sich als offenes Informations- und Diskussionsorgan der spontaneistischen Linken. Ein Teil dieser "Info-Bug"-Strömung bekennt sich auch jetzt angesichts diverser Unterdrückungsmaßnahmen zu "Gemeinsamkeiten" mit der Stadt-Guerilla. So stellen sie für sich fest: "Die Geschichte der Stadt-Guerilla und unsere Geschichte läuft bis zu einem Punkt gemeinsam, wir sind die Kinder der gleichen Mutter. Bei allen Differenzen: nie würde ich sagen, daß ich mit meiner Schwester nichts mehr zu tun habe; bei allen Streitigkeiten würde ich nie aufhören,mich mit ihr auseinanderzusetzen. Was die Stadtguerilla verkörpert, das ist auch unser Fleisch und Blut, das sollten wir nicht verleugnen."

Das "INFO" - Ergebnis einer Spaltung des "INFO-BUG" in gezähmte Spontis, die die Zeitung "BUG" wöchentlich herausgeben und jene,die konsequent ihre Position beibehalten haben und die Zeitung "INFO" bilden - wird nun illegal hergestellt und vertrieben.
Selbstverständlich muß die Linke gegen diese Illegalisierung ankämpfen. Gerade die Verhaftung der AGIT-Drucker hat konkret bewiesen, daß der Kampf gegen den Terrorismus auf die gesamte Linke und fortschrittliche Bewegung abzielt, daß der Kampf gegen das "Sympathisantenvorfeld" ein Kampf gegen alle Linken ist. Denn dem AGIT-Druckkollektiv wird nicht vorgeworfen Inhalte propagiert, sondern eine Zeitung, eben das "INFO-BUG", unter mehreren technisch hergestellt zu haben. Die Linke soll sich selbst zensurieren, soll ihrerseits zur Isolierung der Stadtguerillas aktiv beitragen. Der bürgerliche Staat entscheidet jeweils, wer von dieser Zensur betroffen sein soll.
Heute die Stadtguerilla, morgen die Organisationen der extremen Linken! Das steckt dahinter, das ist die Logik der Inhaftierung der drei "AGIT"-Drucker.

Diesen Angriff der Bourgeoisie abzuwehren, hat sich das "Solidaritätskomitee zur Befreiung der 'AGIT'-Drucker" zur Aufgabe gestellt. Dieses Komitee setzt sich aus Stadtteilinitiativen, linken Organisationen (Spartacusbund, KB, KBW) und Einzelpersonen zusammen. Die Zusammensetzung des Komitees zeigt zweierlei auf. Zum ersten können Aktionseinheiten und Bündnisse im Kampf gegen die Unterdrückung in der heutigen Situation der BRD sehr wohl geschlossen werden, und auch dann in solchen Fällen, wenn sich die Repression, wie bei den "AGIT"-Druckern, in aller Schärfe äußert. Zum zweiten stellt die Solidaritätsfront nur einen kleinen Ausschnitt der Linken in der BRD dar, der die Beschränktheit dieser Bündnisse erst verursacht. So beteiligen sich weder das SB noch die "trotzkistische" GIM an diesem Solidarisierungskomitee. Die Genossen des Spartacusbundes stellen in diesem Zusammenhang fest: "Internationale Solidarität ist notwendig! Deswegen hat auch das Russell-Komitee für seine zentrale Veranstaltung in Wien für den 4. Mai einen Vertreter der "AGIT"-Drucker eingeladen. Internationale Solidarität bedeutet zu fordern:

- SOFORTIGE FREILASSUNG DER "AGIT"-DRUCKER!
- NIEDERSCHLAGUNG ALLER VERFAHREN!
- FÜR UNEINGESCHRÄNKTE PRESSE- UND MEINUNGSFREIHEIT!"

Erklärung von Jutta Werth

Unter dem Vorwand, daß wir - Gerdi, Henning und ich, Jutta - als verantwortliche Gewerbeträger bei Agit-Druck das "Info-Bug" gedruckt haben, werden wir seit vier Monaten gefangen gehalten. Martins Haftbefehl besteht fort, er hat Haftverschonung und muß sich jede Woche auf dem Polizeirevier melden.
Uns wird vorgeworfen, wir hätten durch den bloßen Druck des Info "terroristische Vereinigungen" unterstützt, für sie Öffentlichkeitsarbeit betrieben und für sie geworben - dies, weil in dem "Info" unter vielen anderen Artikeln auch Erklärungen, Stellungnahmen der "RAF", der "Bewegung 2.Juni", der "Revolutionären Zellen" erschienen sind.
Mir scheint das ein Vorwand zu sein, um uns als Drucker/innen kriminalisieren zu können, nicht weil wir durch den Druck des "Infos", was uns vorgeworfen wird, "terroristische Vereinigungen" unterstützt haben sollen, sondern weil wir Agit-Druck kollektiv betrieben haben,als eine Druckerei, die einem breiten linken Spektrum von Organisationen und Gruppen zum Druck von Broschüren, Zeitungen, Büchern, Flugblättern, Plakaten usw. zur Verfügung stand und zwar zum allergrößten Teil - außer z.B. im Fall des "Info" - ohne dabei einen Gewinn zu erzielen. Diese verschiedenen Organisationen sollen durch unsere Verfolgung mit getroffen werden, auch ihnen droht die Kriminalisierung. Allein die K-Gruppen-Verbotsandrohung beweist, daß es sich hier um eine breit angelegte Kriminalisierungs- und Verbotskampagne handelt, daß, wie die K-Gruppen-Verbotsandrohung ein weiterer Schritt zur Kriminalisierung der gesamten Linken sein soll, bei uns das zum Aufhänger genommen werden soll, um die linke Presse, den Buchhandel und neuestens auch die linken Druckereien in die Ecke drängen, sie unter die Paragraphen 129a und 88a fallen zu lassen.
Wer öffentlich macht, daß Prozesse nicht nach rechtsstaatlichen Prinzipien geführt werden, daß z.B. bei laufenden Verfahren durch die bürgerliche Presse vor allem von ihrem reaktionärsten Teil (Springer, Löwenthal) Vorverurteilungen stattfinden, die die Gerichte dann auch übernehmen,
daß der Radikalenerlaß gleichbedeutend mit Berufsverbot ist, allerdings nur linke und fortschrittliche Menschen betroffen werden und wer nicht nur über das Berufsverbot jammert, sondern dagegen vorgeht,
wer öffentlich macht, daß Gewerkschaftsspitzen Hand in Hand mit reaktionären Kapitalisten und ihrer Atom-Lobby gehen,
wer öffentlich macht, daß es an unserem gesellschaftlichen System liegt, daß Ausländer, Homosexuelle (ob Frauen oder Männer) diskriminiert werden und wer dagegen kämpft, daß Kinder, Jugendliche und Frauen rechtlosen Wesen gleich sind,
wer öffentlich macht, daß Gefangene - und nicht nur die politischen - jahrelang schikaniert werden und in U-Haft sitzen,
wer sagt, daß es Isolationshaft tatsächlich gibt,
wer die Selbstmorde in Stammheim in Frage stellt,
wer eben nicht glaubt, daß wir in dem ach so "freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat" leben,
wer öffentlich in Agitation und Propaganda anprangert,daß in der BRD und Westberlin die Menschenrechte verletzt werden und deshalb das Russell-Tribunal unterstützt,
wer sich also nicht in die ihr/ihm verordnete Zwangsjacke stecken lassen will und sich wehrt, wer die Wirklichkeit, in der wir leben,aufzeigt und Schritte zu ihrer Veränderung unternehmen will,
der wird gleich zum Sympathisanten oder Terroristen, zum "Sumpf", der ausgetrocknet werden soll - und das geht noch immer am besten im Knast.
Ich brauche ja nicht weiter zu betonen, daß unter dem Deckmantel "Bekämpfung des Terrorismus" seit Jahren immer mehr von den ohnehin beschränkten Freiheitsrechten abgebaut werden, daß die Schläge, die vordergründig die "Terroristen" treffen sollen, gegen linke und fortschrittliche Kräfte gezielt werden, daß eben der, der nicht weiß, "was er diesen Staat schuldet" (ich glaube, der Wehner hat das gesagt) zunehmend kriminalisiert werden soll.
Unter vielen Beispielen sind wir Agit-Drukker/innen das letzte Glied in einer langen Kette, die sich ja offenbar mit immer neuen Gesetzen, Polizeiaktionen und Prozessen fortsetzen soll,
Ich meine, daß wir deswegen inhaftiert sind, weil wir eine der empfindlichsten Stellen bei der Herstellung linker Presse sind. Indem sie uns verhaften, anklagen und kriminalisieren wollen, wollen sie eben diese linke Presse treffen und letztlich auch verhindern. Und damit sind in der Tendenz eben nicht nur wir Drucker oder die Buchhändler betroffen, sondern die fortschrittlichen Kräfte in unserem Land überhaupt.

Das wird ganz deutlich, wenn wir uns die Anklageschrift oder die Begründung des Kammergerichts, mit der man uns drei weiter im Knast behalten will, ansieht.

Da wird gesagt, daß wir aus der linken Szene stammen, daß wir zum Teil politische Gefangene besucht haben (wohl auch eine Form der Unterstützung irgendwelcher Vereinigungen - allerdings unter den Augen des Staatsschutzes) und daß wir deswegen Agit-Druck "übernommen" haben, um diese Unterstützung mit anderen Mitteln, nämlich durch eine "Öffentlichkeitsarbeit" fortzusetzen. Ob wir uns, falls wir das "Info" überhaupt vor dem Druck hätten lesen können, mit dem Inhalt der verschiedenen und sich zum Teil widersprechenden Artikel "identifiziert" haben, soll es laut Kammergericht nicht mehr ankommen, obwohl die Staatsanwaltschaft darauf ursprünglich großen Wert

gelegt hat. Uns wird einfach unterstellt, wir hätten durch den Druck bewußt "werben" wollen, so, als ob man für den bewaffneten Kampf wie für eine Zahnpasta durch Artikel oder Anzeigen werben könnte.
Zur Begründung dieser willkürlichen Konstruktion dient es, daß wir uns als Teil der "linken Bewegung" verstehen. Da wir uns dann selbst eine Forderung, die wir mal erhoben haben, nämlich, daß die faulen Kunden endlich mal ihre Rechnungen bezahlen sollen, zum Nachteil ausgelegt.
Auch unser Name muß herhalten: Der Name Agit-Druck soll wohl in den Augen des Kammergerichtes deutlich machen, daß wir eben auch für z.B. die "RAF" oder die "Revolutionären Zellen" agitieren wollten, denn wir wollten den "verschiedensten Linksgruppen" durch den Druck die Möglichkeit der Agitation bieten. Dann, so folgert das Gericht, haben wir eben auch alles durchgelesen und - natürlich - unterstützt.
Und vor allem: Bei Agit wurde ja mal ein Artikel der "Revolutionären Zellen" geschwärzt, das soll nun zeigen, daß wir uns mit dem Inhalt aller Artikel befaßt haben, daß wir auch alles gut finden, was wir nicht schwärzen. So zeigt sich, daß ein Fall von Zensur, den wir dann später selbst kritisiert haben, weil wir eben nicht die Oberzensoren der Linken sind, nicht irgendwas nützt, sondern letzten Endes schadet; jeder Vorwand wird genommen, jedes Ereignis solange gedreht und gewendet, bis es in das Bild der Unterstützung paßt.

Und das alles betrifft eben nicht nur uns. Unsere Verfolgung und unsere Verurteilung soll dazu dienen, die linken Gruppen und ihre Presse, ja überhaupt die fortschrittliche Öffentlichkeit, wo sie noch vorhanden ist, einzuschüchtern. Denn wer als Herausgeber oder Drucker nicht zensiert, wird kriminalisiert, ja, Zensur schützt nicht vor Strafe.

Einreiseverbot für ein Mitglied der SP-Chiles!

Am 22.April fand in Wien eine Veranstaltung zum 45.Jahrestag der SP Chiles statt. Ungefähr 300-350 Genoss(inn)en - größtenteils chilenische Flüchtlinge - nahmen daran teil. Tito Martinez, Mitglied der SP Chiles, sollte nach Österreich kommen, um das Hauptreferat auf dieser Veranstaltung seiner Partei zu halten. Er erhielt kein Einreisevisum für Österreich! Der österreichische Botschafter in Dänemark hatte diese Entscheidung dahingehend begründet, daß sein AUFENTHALT IN ÖSTERREICH NICHT ERWÜNSCHT WÄRE. Dieser Schritt der Bundesregierung ist für die politische Situation hierzulande nicht alltäglich. Umso bemerkenswerter ist er. Nach der still und leise erfolgten Abschiebung des Genossen Erol Sever in die Türkei ist dieser Vorfall eine weitere Provokation.
Dieser Vorfall ist einfach unglaublich! Genosse Martinez war zur Zeit Allendes Mitglied des Zentralkomitees der SP-Chiles. Nach dem Putsch vom 11.September 1973 warf ihn die Junta in ein Konzentrationslager. Er verbrachte zwei Jahre (!) im KZ (!), bis er schließlich nach Europa ausreisen konnte. Genosse Martinez setzte seine Widerstandstätigkeit fast zwei Jahre im chilenischen Auslandskomitee in Berlin fort. Allerdings nicht mehr in seiner alten Funktion im ZK der Partei, sondern als einfaches SP-Mitglied. Zur Erinnerung: Die sich seit neuestem als anti-imperialistisch bezeichnende SPÖ hatte nichts, aber auch gar nichts gegen das Treffen des südafrikanischen Rassistenhäuptlings Vorster mit dem amerikanischen Unterhändler Mondale, der wahrlich auch genug Dreck am Stecken hat, voriges Jahr in Wien einzuwenden. Genosse Martinez dagegen, Mitglied der SP-Chiles (!), mußte seinen Redebeitrag nach Wien schikken, damit er wenigstens auf der Veranstaltung vorgelesen werden konnte.
Wir können noch keine definitive, endgültige Erklärung für dieses Einreiseverbot angeben. Ganz sicher wird dabei aber die innere Entwicklung der SP-Chiles eine wichtige Rolle gespielt haben. So kritisierte Genosse Martinez in seinem (nach Wien geschickter) Beitrag die SP-Chile als mitverantwortlich für den Putsch im Jahre 1973. Er bezeichnete die Klassenzusammenarbeit der Partei als einen ihrer Hauptfehler und charakterisierte die Politik der SP in der Unidad-Popular und des heutigen ZK's als reformistisch. Die SP Chile hat sich politisch bereits vor mehreren Monaten gespalten. Eine Spaltung, die von den in Chile selbst kämpfenden Sozialisten ihren Ausgangspunkt genommen hat. Ihnen steht das in Berlin residierende ZK gegenüber, an dessen Spitze der ehemalige Präponent des linken Parteiflügels, Altamirano anzutreffen ist. Der formale Schlußstrich dieser Spaltung wird vom linken Teil der SP, der sich nach Genossen Martinez als "nicht antikommunistisch" und als "nicht antitrotzkistisch" versteht, durch die Wahl eines eigenen Zentralkomiteos gezogen werden. Genauere Informationen und Einschätzungen werden in der nächsten Ausgabe unseres Zentralorgans folgen.
Es ist klar, daß die SPÖ kein Interesse an der Herausbildung einer Strömung hat, die gegen den reformistischen Flügel der Organisation eine "demokratisch-zentralisierte Kaderpartei" aufbauen möchte. Das Einreiseverbot für Genossen Martinez muß auf jeden Fall als Versuch der Führung der SPÖ und der Bundesregierung, die Differenzierungen innerhalb der SP Chiles zu behindern, eingeschätzt werden. Die Rolle und Bedeutung der SPD im Aufbau der sozialdemokratischen Parteien in Portugal und Spanien haben ganz konkret und zur Genüge die internationale Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Reformisten aufgezeigt. Im Falle des Einreiseverbotes für Genossen Martinez dürfte sich wiederum diese internationale Zusammenarbeit bewährt haben - zum Wohle der Bourgeoisie, zum Schaden der anti-imperialistischen Solidarität und der Arbeiterbewegung!
Fordern wir daher gemeinsam:
WEG MIT DEM EINREISEVERBOT FÜR GENOSSEN MARTINEZ!
SOLIDARITÄT MIT GENOSSEN MARTINEZ!
FÜR VOLLE DISKUSSIONS- UND MEINUNGSFREIHEIT DER CHILENISCHEN SOZIALISTEN!



Prozeß gegen den Spartacusbund!

Der Paragraph 88a, von der westdeutschen Bundesregierung erst seit kurzem eingeführt, stellt sich immer deutlicher als jene gesetzliche Grundlage heraus, von der aus die bürgerliche Justiz beliebig gegen die Linke vorgehen kann. Momentan läuft ein Ermittlungsverfahren gegen die presserechtlich Verantwortliche der Zeitung "spartacus" - Zentralorgan des Spartacusbundes. Ihr und damit dem gesamten Spartacusbund wird vorgeworfen, in ihrer Juni-Sondernummer den "Buback-Nachruf" des Göttinger Mescaleros veröffentlicht zu haben.
Die Genossen des Spartacusbundes druckten diesen Artikel trotz politischer Differenzen ab und verstanden diesen Abdruck als Solidaritätsgeste mit dem Herausgeber - dem Göttinger Allgemeinen Studentenausschuß (Asta). Der §88a beinhaltet aber auch die Verbreitung von Schriften, die sich "gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze" einsetzen. Jeder, der gegen diesen Paragraphen nach Ermessen der bürgerlichen Justiz verstößt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafen bestraft. Selbstverständlich kostet dieser Prozeß Geld (Anwaltskosten, evt. Geldstrafe).

Spendenaufruf

Wir haben schon in den letzten Ausgaben der 'permanenten revolution' berichtet, daß unsere deutschen Genossen vom Spartacusbund eine Spendenkampagne, anläßlich der Anklage der IKL wegen 'Verstoßes' gegen den Maulkorbparagraphen 282, duchgeführt haben.

Diese Spendenkampagne brachte ein Ergebnis von über DM 7oo.-. Die 'Trotzkistische Liga Deutschlands' spendete DM 4o.-. Von Seiten der österreichischen Justiz wurde bis jetzt kein weiterer Schritt gesetzt, sodaß nicht klar ist, ob der Prozeß gegen uns über 'die Bühne' gehen wird, oder nicht. Von den Spendengeldern wurden S 2ooo.- für Anwaltskosten verwendet.

Anläßlich des Prozesses gegen den Sparatcusbund haben nun wir eine Spendenkampagne begonnen, deren Ziel es ist, den gemeinsamen 'Anti-Repressionsfond' auf insgesamt S 1o.ooo.- aufzustocken (etwas über S 5ooo.- kamen bereits aus der BRD).

Die von uns begonnene Spendenkampagne hatte bis jetzt folgende Ergebnisse:

Von den Mitgliedern, Kanditaten und Sympathisanten der IKL .... S 1181.-

Von den Teilnehmern der Veranstaltung der 'AGFaschismus' am 1o. April 1978 .... S 46o.-

Beim öffentlichen Verkauf der 'permanenten revolution' konnte bis jetzt ein Betrag von ca. S 2oo.- gesammelt werden, sodaß wir bis jetzt knappe S 2ooo.- in den 'Topf' werfen konnten. Wir hoffen die restlichen S 3ooo.- bis zum Sommer zustandezubringen. Spenden werden von jedem Verkäufer der 'permanenten revolution' entgegengenommen (größere Beträge, die nur in Paketform zu übergeben sind, holen wir gerne beim edlen Spender direkt ab).

Einzahlungen auf das Konto der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Nr. 71o6.o24 - Karl Reitter, 1o3o Wien. Vermerk: Paragraph 282.

Oder - noch besser - den beiliegenden Erlagschein verwenden!

Terminde der Russell-Arbeitsgruppen!

AG Ausbildung: Do. 11.5. 19 Uhr
18.5. 19 Uhr
(Cafe Votiv)

AG Politische Gefangene/Politische Prozesse 11.5. 19 Uhr
(Cafe Votiv)

AG Faschismus Mi 3.5. 19 Uhr
Di 16.5.19 Uhr
(Porrhaus, 1o4o, Treitlstraße 3, 4.Stk.

DER ANWALT DES SCHRECKENS

- fast eine moritat, Klaus Eschen, Werner
  Lohmann und anderen rechtsanwälten
  gewidmet -

mit dem dietrich
verschafft er sich eingang in meine wohnung
tritt ein die schlafzimmertür
bedroht mich im bett
sagt: ich komme von Baader
und so

von wem?
frage ich schlaftrunken
ach ja
von Baader
auf! auf! sagt der terroranwalt
und bis zum morgengrauen konspirieren wir

dann
wie befohlen
terrorisier ich für mich hin:
knack da eine bank
murks hier ein paar bullen ab
und baue bomben
groß wie ne litfaßsäule

es kommt
wie's kommen muß:
da ich nicht gelernt das handwerk des terroristen
(bin weder kapitalist
noch bürokrat)
werd ich verhaftet und lege dabei
zack-zack
noch mal eben - fast - drei gemüsefrauen um

lande im knast
da geht's mir fantastisch:
zum frühstück gebratene hähnchen

zum mittagessen steaks
und den abend beschließen schinken und spargel
nicht zu vergessen: die havanna

mit anwaltspost
werd ich indoktriniert:
ich lese das ranger-handbuch
die strafprozeßordnung
und Schillers 'räuber'

doch tag und nacht
brüllen erboste gefangene
'weg mit dem Baader-Meinhof
dem verfluchten
seelenlosen mörder!'
darum bitt ich um ne ruhige zelle
dies wird mir gewährt:
ganz allein im trakt genieß ich die stille
verfüge über 560 bücher terroristischen inhalts
ein maschinengewehr (o entschuldigung:
ich wollte 'schreibmaschine' sagen)
und buntfernseher

behandelt voller takt und mit respekt
sinn ich erneut auf lug
mord und trug
erfinde also repressalien und bunker
verhetzt vom anwalt und von ihm versorgt
mit pervitin
distras
alkohol und preludin

folg ich seinem befehl:
märtyrer zu sein und selbstmord zu machen -
trete also in den hungerstreik
jeden tag von terroranwälten besucht
deren aktentaschen überquellen

von handgranaten
pizza und roter grütze
trotzig weis ich - und heimlich ernährt! -

die kapazitäten zurück
verweigere mich gar der untersuchung
durch regierungsmedizinalpsychiater

schreibe unentwegt briefe
die sicherheit und ordnung
in der anstalt gefährden (und 'zur habe gehen')
erfinde rollkommandos
und sauge mir unterdrückung aus allen fingern

der sicherste platz
das terrornetz weiter auszubauen
ist die sicherheitszelle im knast
säckeweis schleppen die anwälte
kassiber zu meinen komplizen

denen ich befehle
ganze stadtteile abzureissen
flüsse mit abwässern zu vergiften
die steuern und sozialabgaben zu erhöhen
und löhne zu senken

teilnahmsvoll unterstützt mich
die linksunterwanderte presse
täglich
sendet der rotfunk meine kommuniqués
gleich einer spinne im netz
dirigiere ich das dichte gewebe des schreckens

derweilen mein terroranwalt
junge burschen und mädels vom lande
verführt und sie anheuert zu meiner befreiung
gebe ich feste anweisungen dem aufsichtsrat
o entschuldigung
wollte sagen: der gruppe
alias bande

von den brutstätten des terrors aus
graben paranoide und peking-treue

verhetzte psychopathen tiefe tunnel
bis unter den knast zu meiner zelle
ich sprenge die gitter fort

mit dem vom anwalt reingeschmuggelten dynamit
springe ich ins freie
wechsle die kleider
und brause vondannen
während mein terroranwalt
und die ihm hörigen zähnefletschend
salven feuern
auf niedliche
nichtsahnende schließer
(immer väter von x kindern!)

angetan mit strumpfmaske
und unterwandererstiefeln
schamlos
tückisch
geistekrank
abhold jeder zucht und ordnung
voll von krimineller
energie
hand in hand
arm in arm
bett an bett
mit dem terroranwalt

setz ich mein schändlich treiben fort
von dem du weiteres erfährst
in westdeutschlands halbamtlichen blättern:
BILD
Welt und Bayernkurier ...

aus P.P. Zahl
'Die Barbaren kommen'
MaD Verlag